



Konjunkturbericht

Frühjahr 2025: Deutsche Wirtschaft weiter im Leerlauf



Jahrgang 76 (2025), A01

Impressum

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany

Postanschrift

Postfach 10 30 54 | 45030 Essen, Germany

Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

Prof. Dr. Kerstin Schneider (Mitglied des erweiterten Vorstands)

© RWI 2025

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturbericht

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt

Gestaltung: Magdalena Franke, Claudia Lohkamp

Frühjahr 2025: Deutsche Wirtschaft weiter im Leerlauf

ISSN 1861-6305 (online)



Das RWI wird vom Bund und vom Land
Nordrhein-Westfalen gefördert.

Frühjahr 2025: Deutsche Wirtschaft weiter im Leerlauf

Torsten Schmidt, Boris Blagov, Eliana Coschignano, Maximilian Dirks, Daniela Grozea-Helmenstein, Niklas Isaak, Florian Kirsch, Clara Krause, Stefan Kotz, Philip Schacht-Picozzi und Klaus Weyerstraß

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	3
Summary	5
1. US-Politik belastet die Weltwirtschaft.....	7
2. Erneuter Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland	11
3. Kurzfristige Belastungen nehmen ab	14
3.1 Exporte werden vom Zollstreit belastet	19
3.2 Erste Anzeichen einer Stabilisierung der Ausrüstungsinvestitionen	20
3.3 Anzeichen einer Belebung der Bauinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte	21
3.4 Privater Konsum zieht nach schwachem Start ins Jahr wieder an	22
3.5 Vorübergehende Zurückhaltung beim Staatskonsum	22
4. Industrie verharrt in der Krise	22
5. Leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit	24
6. Gedämpftes Lohnwachstum	25
7. Teuerung sinkt erneut	25
8. Finanzierungssaldo bleibt deutlich negativ.....	26
9. Risiken	28
10. Literatur	29
Anhang	31
Kasten 1 Zu Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen in Deutschland.....	12
Kasten 2 Zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen öffentlicher Mehr- investitionen.....	17

Frühjahr 2025: Deutsche Wirtschaft weiter im Leerlauf¹

Kurzfassung: Wie sehr die aktuellen Probleme der deutschen Wirtschaft strukturell bedingt sind, zeigt sich an der Hartnäckigkeit ihrer Wachstumsschwäche: Die Wirtschaftsleistung ist zum Jahresende weiter zurückgegangen. Insbesondere die deutschen Exporte sind kräftig gesunken, allen voran die Lieferungen nach China. Die deutschen Exporteure verlieren nunmehr das vierte Jahr in Folge gegenüber China an Boden. Die schwache Auslandsnachfrage trägt zu weiter rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen bei. Aber auch aus dem Inland bleiben die Impulse aus: Die geringe Kapazitätsauslastung in vielen Wirtschaftszweigen und die bedenklich hohe Unsicherheit über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland führen dazu, dass Unternehmen Investitionen zurückstellen. Lediglich der private Konsum wurde zum Jahresende leicht ausgeweitet.

In den ersten Monaten dieses Jahres dürfte die Unsicherheit nochmals gestiegen sein. Zunächst hat das Vorziehen der Bundestagswahlen auf Februar 2025 dazu geführt, dass Entscheidungen bis dahin aufgeschoben wurden. Darüber hinaus haben Rhetorik und Entscheidungen der seit Januar im Amt befindlichen US-Administration die internationale Unsicherheit drastisch verschärft, und in ihrer Folge sind die realen geopolitischen Risiken erheblich gestiegen. Diese sind vor allem auch dadurch größer geworden, dass die Bereitschaft der US-Administration zur Verteidigung Europas gesunken ist. Dadurch hat sich die Sicherheitslage in Europa nochmals deutlich verschlechtert.

Bei alledem bleiben die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft bestehen. So stehen wichtige Weichenstellungen bei der Energie- und Klimapolitik, die geeignet wären, für ein Einschwenken auf eine effiziente Energiewende zu sorgen, derzeit noch aus. Ob sich die zukünftigen Regierungsparteien auf spürbare Schritte im Bereich Digitalisierung und Bürokratieabbau verständigen können, ist derzeit ebenfalls noch nicht absehbar. Die bereits gefestigten Pläne der künftigen Koalitionspartner, die Schuldenbremse dahingehend zu reformieren, dass – abgesehen von einem Sockel von einem Prozent der Wirtschaftsleistung – Investitionen in die Verteidigung bei der Berechnung der relevanten Verschuldung nicht berücksichtigt werden, sowie die Schaffung eines neuen Sondervermögens für die Erneuerung der Infrastruktur dürften allerdings spürbare Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben. Da für die Änderung der Schuldenbremse eine 2/3 Mehrheit im Bundestag benötigt wird, ist die Umsetzung noch ungewiss.

Aus diesem Grund unterstellen wir in dieser Prognose zwar eine weitere Aufstockung der Verteidigungs- und Investitionsausgaben, gehen aber von einem deutlich geringeren Gesamtvolumen als den derzeit diskutierten 900 Mrd Euro aus. Zudem dürften nun viele Maßnahmen in anderen Politikbereichen erst später angegangen werden. Wichtige Rahmensetzungen in der Energie- und Klimapolitik dürften sich beispielsweise dadurch verzögern.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir erst nach einer Stagnation im ersten Halbjahr wieder leicht positive Zuwachsraten für das BIP. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Rückgang von 0,1%. Im kommenden Jahr dürfte sich die Belebung etwas verstärken. Dabei wird angenommen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit nach und nach verringert. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die neue Bundesregierung ein Konzept zur Stärkung des Wirtschaftswachstums vorlegt, das auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen umfasst. Eine weitere Voraussetzung ist, dass der Zoll-Konflikt mit den USA im Laufe dieses Jahres beigelegt

¹ Abgeschlossen am 12.3.2025. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin, Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung sowie Christoph M. Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

werden kann. In diesem Fall dürfte der private Konsum stärker ausgeweitet werden und die Sparquote etwas sinken. Angesichts weiter sinkender Zinsen dürften auch die Investitionen allmählich wieder ausgeweitet werden. Im Jahresdurchschnitt des Jahre 2026 dürfte das BIP um 1,2% steigen.

Die Arbeitsmarktindikatoren deuten darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit noch etwas zunehmen wird. Mit der für die zweite Jahreshälfte 2025 erwarteten wirtschaftlichen Erholung dürfte die Arbeitslosigkeit bis zum Ende des Prognosezeitraums moderat zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich in diesem Jahr auf 6,2% steigen und im kommenden Jahr auf 6,1% sinken. Insgesamt wird auch die Zahl der Erwerbstätigen im Prognosezeitraum weiter leicht sinken – um etwa 45 000 Personen in diesem Jahr und um weitere 15 000 Personen im kommenden Jahr.

Die Inflationsrate ist seit ihrem Tiefstand von 1,6% im September des vergangenen Jahres kontinuierlich gestiegen und erreichte im Dezember einen Stand von 2,6%. Seit Beginn dieses Jahres zeichnet sich eine Trendumkehr ab. Besonders deutlich wird der Rückgang bei der Betrachtung der Kernrate der Inflation (Gesamtindex ohne Energie und Nahrungsmittel). Diese wird von 3,3 % im Dezember auf voraussichtlich 2,6% im Februar sinken. Insgesamt wird sowohl im laufenden Jahr als auch für 2026 mit einer Inflation von 2% gerechnet.

Ausweislich der Maßnahmenmethode ist die Finanzpolitik im laufenden Jahr restriktiv ausgerichtet. Es gibt zwar einige expansive Impulse wie etwa Änderungen bei der Einkommensteuer und das Steuerfortentwicklungsgesetz, jedoch wirkt das Ende von Maßnahmen wie der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie zusätzlich zu den erhöhten Einnahmen durch höhere Beitragssätze zur Sozialversicherung spürbar restriktiv. Im Jahr 2026 dürften die finanzpolitischen Maßnahmen in etwa neutral ausgerichtet sein. Für das kommende Jahr kann der anstehende Regierungswechsel die Ausrichtung der Finanzpolitik allerdings noch deutlich verändern.

Tabelle 1

Eckwerte der Prognose

2023 bis 2026

	2023	2024	2025 ^p	2026 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	-0,3	-0,2	-0,1	1,2
Erwerbstätige ² , in 1000	46 011	46 082	46 037	46 022
Arbeitslose ³ , in 1000	2 609	2 787	2 907	2 873
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,7	6,0	6,2	6,1
Verbraucherpreise, Veränderung in %	5,9	2,3	2,0	2,0
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	6,7	5,5	3,7	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-103,8	-118,8	-112,4	-121,6
in % des BIP	-2,5	-2,8	-2,6	-2,7
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	243,1	248,7	181,6	181,9
in % des BIP	5,8	5,8	4,2	4,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

Summary: *The extent to which the German economy's current problems are structural is demonstrated by the persistence of its weak growth: economic output continued to decline at the end of the year. German exports in particular have fallen sharply, especially deliveries to China. German exporters are now losing ground to China for the fourth year in a row. Weak foreign demand is contributing to a further decline in investment in equipment. However, there is also a lack of impetus from the domestic market: Low capacity utilization in many sectors of the economy and the alarmingly high level of uncertainty about the economic environment in Germany are causing companies to postpone investments. Only private consumption increased slightly at the end of the year.*

Uncertainty is likely to have increased further in the first few months of this year. Firstly, the fact that the federal elections have been brought forward to February 2025 has led to decisions being postponed until then. In addition, the rhetoric and decisions of the US administration, which has been in office since January, have drastically increased international uncertainty and, as a result, the real geopolitical risks have risen considerably. The geopolitical risks have also increased, above all because the US-administration has become less willing to defend Europe.

Despite all this, the structural problems of the German economy remain. For example, important decisions on energy and climate policy, which would be suitable for ensuring an efficient energy transition, have yet to be taken. It is also not yet clear whether the future governing parties will be able to agree on tangible steps in the areas of digitalization and bureaucracy reduction. However, the already confirmed plans of the future coalition partners to reform the debt brake so that - apart from a base of one percent of economic output - investments in defense are not taken into account when calculating the relevant debt, as well as the creation of a new special fund for infrastructure renewal are likely to have a noticeable effect on overall economic demand. As a 2/3 majority in the German parliament is required to amend the debt brake, implementation is still uncertain. In addition, the implementation of the measures is likely to take some time, meaning that demand effects are not expected until next year.

For this reason, although we are assuming a further increase in defense and investment spending in this forecast, we are assuming a significantly lower total volume than the EUR 900 billion currently discussed. In addition, many measures in other policy areas are now likely to be tackled later. Important framework conditions in energy and climate policy, for example, are likely to be delayed as a result.

Against this backdrop, we expect a stagnation of economic activity in the first half of the year and a slightly positive growth rates afterwards. The average for the year is a decline of 0.1%. The recovery is likely to strengthen somewhat in the coming year. It is assumed that the overall economic uncertainty will gradually decrease. However, this requires the new federal government to present a concept for strengthening economic growth that also includes the economic framework conditions. Another prerequisite is that the tariff conflict with the USA can be resolved in the course of this year. In this case, private consumption is likely to increase more strongly and the savings rate should fall slightly. With interest rates continuing to fall, investments are also likely to gradually increase again. GDP is likely to increase by an annual average of 1.2% in 2026.

The labor market indicators suggest that unemployment will increase slightly. With the economic recovery expected in the second half of 2025, unemployment is likely to fall moderately by the end of the forecast period. The unemployment rate is expected to rise to 6.2% this year and fall to 6.1% next year. Overall, the number of people in employment will also continue to fall slightly in the forecast period - by around 45,000 people this year and by a further 15,000 people next year.

The inflation rate has risen continuously since its low of 1.6% in September last year, reaching 2.6% in December. There have been signs of a trend reversal since the beginning of this year. The decline is particularly evident when looking at the core rate of inflation (overall index excluding energy and food). This is expected to fall from 3.3% in December to 2.6% in February. Overall, inflation is expected to be 2% both in the current year and in 2026.

According to the policy measures, fiscal policy in the current year is restrictive. Although there are some expansionary stimuli such as changes to income tax and the Tax Reform Act, the end of measures such as the tax-free inflation compensation premium will have a noticeably restrictive effect in addition to the increased revenue from higher social security contribution rates. In 2026, the fiscal policy measures are likely to be roughly neutral. However, the upcoming change of government could significantly change the direction of fiscal policy in the coming year.

Key forecast Data 2023 to 2026

	2023	2024	2025 ^f	2026 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	-0.3	-0.2	-0.1	1.2
Employed persons ² , in 1000	46 011	46 082	46 037	46 022
Unemployed ³ , in 1000	2 609	2 787	2 907	2 873
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.7	6.0	6.2	6.1
Consumer prices, change in percent	5.9	2.3	2.0	2.0
Labor unit costs ⁵ , change in percent	6.7	5.5	3.7	1.8
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-103.8	-118.8	-112.4	-121.6
in percent of GDP	-2.5	-2.8	-2.6	-2.7
Current account balance ⁷				
in EUR bn	243.1	248.7	181.6	181.9
in percent of GDP	5.8	5.8	4.2	4.0

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. US-Politik belastet die Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft befindet sich im Frühjahr 2025 auf einem moderaten Aufwärtstrend, wobei die Entwicklung weiterhin regional und sektoral heterogen verläuft. Im vierten Quartal 2024 expandierte die Wirtschaftsleistung in den USA, in China und in Japan schwungvoll, während die Konjunktur im Euro-Raum und im Vereinigten Königreich verhalten war. In den Schwellenländern war die Entwicklung uneinheitlich. Die Industriekonjunktur blieb in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften schwach, während sie sich in einigen Schwellenländern belebte.

Im Schlussquartal 2024 legte die Wirtschaftsleistung in den USA um 0,6% gegenüber dem Vorquartal zu, was im Vergleich zum Sommer eine geringfügige Abschwächung darstellt. Der private Konsum blieb lebhaft, und von den öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben gingen ebenfalls Impulse aus. Die Exporte und die Importe gingen hingegen zurück, nachdem sie im dritten Quartal, wohl auch getrieben von Vorzieheffekten angesichts drohender Zollerhöhungen, kräftig ausgeweitet worden waren. In Japan erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal um 0,7%, wobei die Inlandsnachfrage schwach war und das Wachstum bei kräftig steigenden Exporten und rückläufigen Importen rechnerisch allein vom Außenbeitrag getragen wurde. Im Vereinigten Königreich blieb die Expansion mit 0,1% kraftlos. In China erhöhte sich die Quartalsrate auf 1,6%, getragen von einer expansiven Fiskalpolitik bei anhaltenden Problemen auf dem Immobilienmarkt. Außerdem wurden, wohl auch wegen der angekündigten US-Importzölle, die Exporte kräftig ausgeweitet. In Indien hat sich die Expansion im vierten Quartal leicht beschleunigt. In Mexiko ging die Wirtschaftsleistung zurück, während sie in Brasilien weiter gestiegen ist, wenn auch deutlich schwächer als in den Vorquartalen. Für Argentinien gibt es Anzeichen für eine Erholung.

Im Euro-Raum schwächte sich das Quartalswachstum von 0,4% im dritten auf 0,2% im vierten Quartal ab, u.a. da Sondereffekte wie die Olympischen und die Paralympischen Spiele in Frankreich wegfielen. Unter den großen Volkswirtschaften erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in Spanien weiterhin kraftvoll um 0,8%. In Italien stieg sie um 0,1%, während sie in Frankreich und in Deutschland leicht sank. Auf der Verwendungsseite wurden der private und der öffentliche Konsum sowie die Anlageinvestitionen ausgeweitet, während Exporte und Importe zurückgingen. Im Verarbeitenden Gewerbe stagnierte die Wertschöpfung, während sie in den meisten Dienstleistungsbereichen ausgeweitet wurde.

Die globale Industrieproduktion nahm im vierten Quartal nach Daten des CPB saisonbereinigt um 1,0% zu (Schaubild 1). Die Expansion wurde vor allem von den Schwellenländern sowie von den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in Asien getragen, während die Industriekonjunktur in Europa und den USA träge blieb. Auch der weltweite Warenhandel entwickelte sich im vierten Quartal robust. Er nahm um 0,7% gegenüber dem Vorquartal zu, womit das Expansionstempo aus dem Sommer nahezu beibehalten wurde. Auch hier war die Entwicklung regional heterogen. Auf der Exportseite wurde die Expansion vor allem von den Schwellenländern getragen, während die Ausfuhren der fortgeschrittenen Volkswirtschaften den CPB-Daten zufolge teils deutlich zurückgingen. Auf der Importseite stützten vor allem die Einfuhren in die USA, wie bereits im dritten Quartal, den Warenhandel. Das regionale Bild des Welthandels deutet darauf hin, dass Vorzieheffekte wegen zu erwartender Zollerhöhungen der USA eine treibende Kraft gewesen sein dürften. Der RWI/ISL-Containerumschlagindex stieg zwar im Januar und machte den Rückgang vom Dezember wett, aber in der Tendenz stagniert er seit vergangenem Sommer und deutet somit nicht auf eine baldige Beschleunigung des globalen Warenaustauschs hin (RWI 2025).

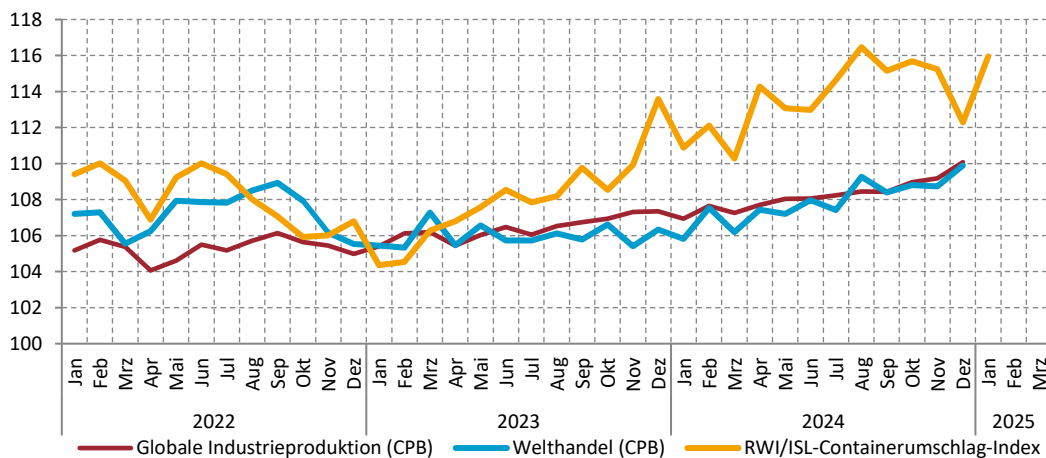
Die Inflationsrate ist zuletzt kaum noch gesunken (Schaubild 2). In der Gruppe der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im Januar um 4,7%, womit die Inflation seit Oktober nahezu

unverändert ist. In den USA belief sich die Teuerung auf 3,0%, nach 2,9% im Dezember. Im Euro-Raum erhöhte sich die Inflation im Januar von 2,4% auf 2,5% und ging laut einer Schnellschätzung im Februar wieder auf 2,4% zurück. Maßgeblich dafür, dass die Inflationsrate in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften nicht weiter zurückging, waren wieder höhere Energiepreise. Hartnäckig blieb die Teuerung bei den Dienstleistungen, wo sich die Kombination aus den kräftigen vorangegangenen Lohnkostensteigerungen und nur maßvollen Produktivitätsfortschritten bemerkbar macht. Die Kerninflation ohne Energie und Lebensmittel ist etwa im Euro-Raum seit September praktisch unverändert.

Schaubild 1

Globale Industrieproduktion, Welthandel und RWI/ISL-Containerumschlagindex

Januar 2022 bis Januar 2025, Index, Dezember 2019=100, saisonbereinigt

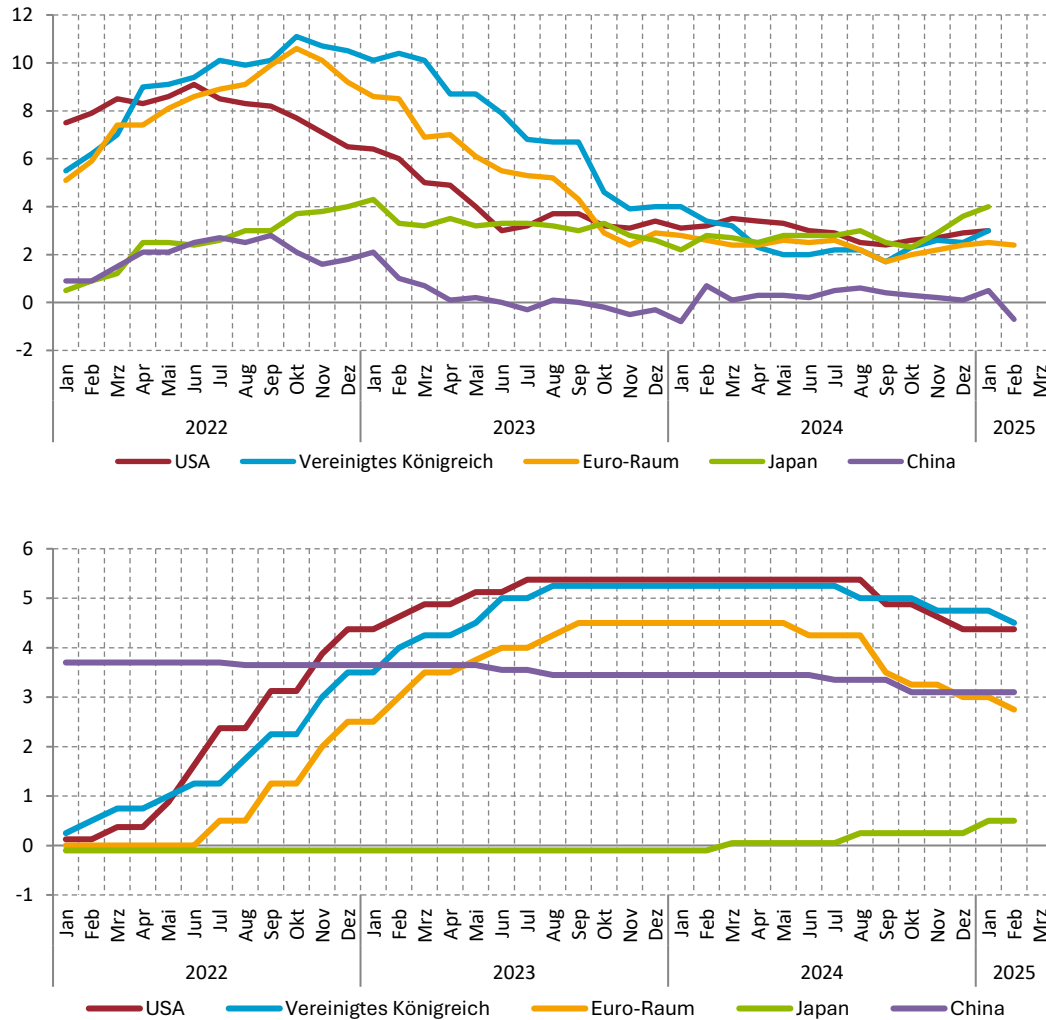


Nach Angaben des CPB bzw. des RWI, Macrobond, eigene Berechnungen.

Der Ölpreis hatte zu Beginn des Jahres 2025 deutlich angezogen, wozu die im Jahr 2023 beschlossenen Förderkürzungen der OPEC+-Staaten ebenso beigetragen haben dürften wie neue Sanktionen der USA gegen den russischen Ölsektor. Anfang März gaben die OPEC+-Staaten bekannt, in den kommenden Wochen ihre Fördermengen schrittweise auszuweiten. Dies dürfte den Trend zu wieder sinkenden Ölpreisen stützen, der bereits seit Februar zu beobachten ist. Auch die Sorgen hinsichtlich der negativen Auswirkungen der US-Zölle auf die Konjunktur dürften die Ölpreise dämpfen. Der Gaspreis in Europa ist vom Beginn des Jahres bis Mitte Februar kräftig gestiegen. Dazu hatten niedrige Temperaturen, das Auslaufen des Transitvertrags für russisches Pipelinegas durch die Ukraine und im Vergleich zu den vergangenen Jahren geringe Füllstände der Gasspeicher beigetragen. Zuletzt gaben die Notierungen wieder nach, und Anfang März kostete eine MWh Erdgas zur Lieferung in einem Monat am niederländischen Handelsplatz TTF weniger als zu Jahresbeginn. Die Preise für Industriemetalle wie Aluminium und Kupfer sind im bisherigen Jahresverlauf leicht gestiegen.

Schaubild 2**Inflation und Leitzinsen in ausgewählten Volkswirtschaften**

Januar 2022 bis Februar 2025, Veränderung der Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat in % (oben), Leitzinsen (unten).



Nach Angaben von Eurostat, nationalen Statistikämtern bzw. der BIZ, Macrobond, eigene Berechnungen.

Die unterschiedliche Entwicklung der Inflation und die Erwartungen hinsichtlich der Inflationswirkungen der angekündigten Zölle auf US-Importe haben dazu geführt, dass die Zentralbanken die Leitzinsen in unterschiedlichem Ausmaß und Tempo gesenkt haben. Daher liegen die Leitzinsen im Euro-Raum recht deutlich unter jenen in den USA, was zu einer Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar beigetragen haben dürfte.

Im Prognosezeitraum dürfte die Weltwirtschaft weiterhin moderat zulegen (Tabelle 2). Dabei dürfte sich die Expansion im Euro-Raum leicht beschleunigen, während die Jahresraten in den USA etwas nachlassen dürften. In China bestehen die Probleme im Immobilienbereich fort, die Konjunktur dürfte dort durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik gestützt werden. Die bereits mehrfach angekündigten und wieder ausgesetzten US-Zölle auf Importe aus Kanada, Mexiko und China, die Gegenmaßnahmen und die im Raum stehenden weiteren Zölle, etwa zwischen den USA und der EU, dürften den Welthandel und die Industrieproduktion beeinträchtigen. Modellsimulationen legen nahe, dass die Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt geringer als auf den Außenhandel sein werden, aber die globale Wirtschaftsleistung dürfte dennoch

schwächer als ohne die Zollerhöhungen expandieren. Wie stark Welthandel, Wirtschaftsleistung und Inflation in den Weltregionen belastet werden, lässt sich gegenwärtig kaum quantifizieren, weil die konkrete Ausgestaltung der Zölle hinsichtlich der erfassten Volkswirtschaften und Waren sowie das Ausmaß der Reaktionen der Handelspartner nicht absehbar sind. Jedenfalls dürfte allein die hohe handelspolitische Unsicherheit die Wirtschaftsaktivität beeinträchtigen (Caldara et al. 2020). Wie erratisch die US-Handelspolitik ist, zeigt die Inkraftsetzung und bereits nach wenigen Tagen erneute (teilweise) Aussetzung der Zölle auf Importe aus Kanada und Mexiko. Abseits der Handelspolitik gehen auch von den geopolitischen Unsicherheiten, etwa hinsichtlich der Entwicklung im Umfeld des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, im Nahen Osten sowie rund um Taiwan, konjunkturelle Risiken aus.

Tabelle 2**Eckwerte zur internationalen Konjunktur**

2024 bis 2026; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2024^p	2025^p	2026^p	2024	2025^p	2026^p
Europa						
EU-27	1,0	1,2	1,5	2,5	2,3	2,1
Euro-Raum-20	0,8	1,0	1,3	2,4	2,1	2,0
Deutschland	-0,2	0,0	1,0	2,5	2,2	2,2
Frankreich	1,1	0,5	1,0	2,3	1,6	1,8
Italien	0,5	0,6	1,2	1,1	1,5	1,6
Spanien	3,2	2,3	1,9	2,9	2,3	2,0
MOEL ¹	1,8	2,8	2,9	3,9	4,2	2,9
Vereinigtes Königreich	0,9	1,2	1,6	2,5	3,3	2,3
Russland	4,1	1,3	1,3	8,5	8,9	5,5
Amerika						
USA	2,8	1,9	1,8	3,0	2,9	2,2
Lateinamerika ²	1,5	1,6	2,0	35,0	9,3	7,3
Asien						
China ohne Hong Kong	5,0	4,6	4,5	0,3	0,1	1,7
Japan	0,1	0,9	0,8	2,7	3,2	2,0
Sonstige Länder ³	3,8	3,2	3,3	2,1	1,7	2,1
Indien	6,9	6,4	6,6	4,9	3,8	4,1
Insgesamt	2,9	2,5	2,5	4,1	2,7	2,5
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁴	1,8	1,6	1,6	2,7	2,7	2,1
Schwellenländer	4,5	3,9	4,0	6,3	2,5	3,0
nachrichtlich:						
Welthandel⁵	1,8	1,7	1,6			
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁶	79,7	71,4	68,0			
Dollarkurs (\$/€)⁶	1,08	1,06	1,07			

Eigene Berechnungen nach Angaben des IWF, von Eurostat und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit dem BIP in U.S. Dollar von 2023. – ^p: Prognose. – ¹ MOEL: Mittel- und Osteuropäische EU-Mitgliedstaaten: Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien. – ² Brasilien, Mexiko, Argentinien. – ³ Korea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Hong Kong, Singapur, Malaysia, Philippinen. – ⁴ EU, USA, Vereinigtes Königreich und Japan. – ⁵ Nach Definition des CPB. – ⁶ Jahresdurchschnitte.

2. Erneuter Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland

Wie sehr die aktuellen Probleme der deutschen Wirtschaft strukturell bedingt sind, zeigt sich an der Hartnäckigkeit ihrer Wachstumsschwäche. Die Wirtschaftsleistung ist zum Jahresende nochmals zurückgegangen. Insbesondere die deutschen Exporte sind kräftig gesunken, allen voran die Lieferungen nach China. Dieser Nachfragerückgang kann nicht durch die Exporte in andere Wirtschaftsräume kompensiert werden. Die deutschen Exporteure verlieren somit nunmehr gegenüber China das vierte Jahr in Folge an Boden.

Die schwache Auslandsnachfrage nach deutschen Waren trägt zu weiter rückläufigen Ausrustungsinvestitionen bei. Aber auch aus dem Inland bleiben Impulse aus: Die geringe Kapazitätsauslastung in vielen Wirtschaftszweigen und die bedenklich hohe Unsicherheit über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland führen dazu, dass Unternehmen Investitionen zurückstellen (Müller et al. 2025). Zudem steigt die Zahl der Insolvenzen seit dem Jahr 2021 wieder deutlich. Da zugleich die Zahl der Neugründungen zunimmt, vermischen sich hier aber offenbar wirtschaftlicher Strukturwandel und Wirtschaftskrise (Kasten 1).

Der private Konsum wurde zum Jahresende leicht ausgeweitet. Der Hauptgrund dafür dürften die im Verlauf des vergangenen Jahres kräftig gestiegenen Reallöhne sein. Damit wurde zwar ein Teil der seit dem Jahr 2020 entstandenen Kaufkraftverluste wieder ausgeglichen. Zugleich erhöhte sich im vergangenen Jahr allerdings auch die Sparquote, was darauf hindeutet, dass die Haushalte ebenso wie die Unternehmen verunsichert sind und die Vorsorge erhöhen. Zu dieser Verunsicherung trägt vermutlich die in jüngster Zeit zunehmende Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt bei, wenngleich die Zahl der Beschäftigten nach wie vor hoch ist.

In den ersten Monaten dieses Jahres dürfte die Unsicherheit nochmals gestiegen sein. Zunächst hat das Vorziehen der Bundestagswahlen auf Februar 2025 dazu geführt, dass Entscheidungen bis dahin aufgeschoben wurden. Darüber hinaus haben Rhetorik und Entscheidungen der seit Januar im Amt befindlichen US-Administration die internationale Unsicherheit drastisch verschärft, und in ihrer Folge sind die realen geopolitischen Risiken erheblich gestiegen.

Zunächst hatten die verschiedenen Ankündigungen zur Einführung von Zöllen die handelspolitische Unsicherheit deutlich erhöht. Sie trafen auch die deutschen Exporteure, deren Ausfuhren in die USA bis zuletzt noch recht deutlich gestiegen waren. Die geopolitischen Risiken sind allerdings auch dadurch gestiegen, dass die USA die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung gegen Russland vorübergehend eingestellt hatten. Zudem ist die Bereitschaft der US-Administration zur Verteidigung Europas gesunken. Insgesamt hat sich die Sicherheitslage in Europa deutlich verschlechtert.

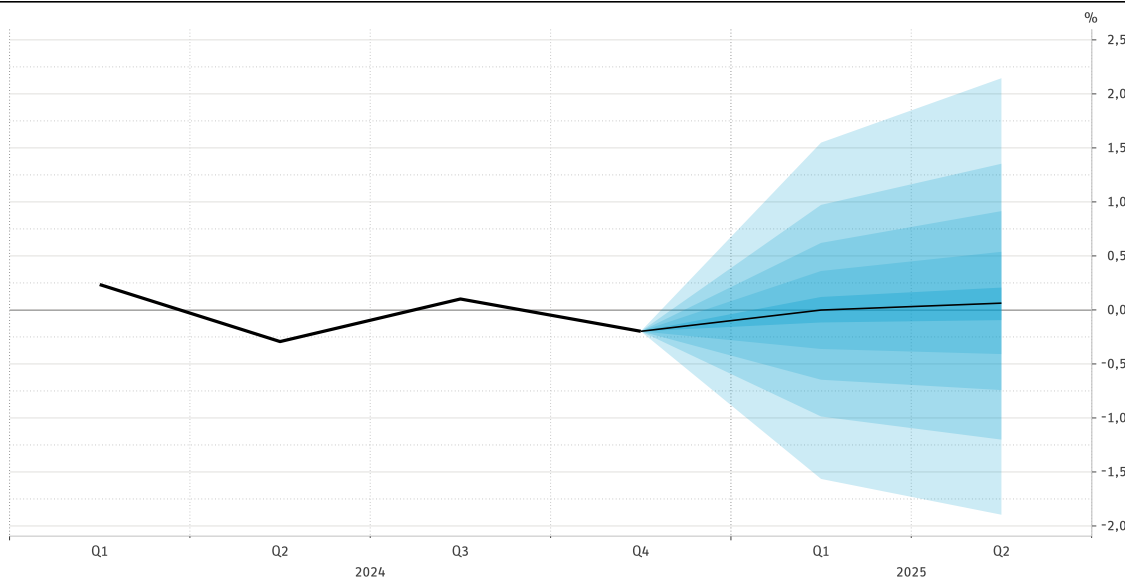
Bei alledem bleiben die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft bestehen. So stehen wichtige Weichenstellungen bei der Energie- und Klimapolitik, die geeignet wären, für ein Einschwenken auf eine effiziente Energiewende zu sorgen, derzeit noch aus. Ob sich die zukünftigen Regierungsparteien auf spürbare Schritte im Bereich Digitalisierung und Bürokratieabbau verständigen können, ist derzeit ebenfalls noch nicht absehbar. Eine Umsetzung der bereits festigten Pläne der künftigen Koalitionspartner, die Schuldenbremse dahingehend zu reformieren, dass – abgesehen von einem Sockel von einem Prozent der Wirtschaftsleistung – Investitionen in die Verteidigung bei der Berechnung der relevanten Verschuldung nicht berücksichtigt werden, sowie die Schaffung eines neuen Sondervermögens für die Erneuerung der Infrastruktur dürften allerdings spürbare Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben. Da für die Änderung der Schuldenbremse eine 2/3-Mehrheit im Bundestag benötigt wird, ist die Umsetzung noch ungewiss. Zudem dürfte die Durchführung der Maßnahmen einige Zeit in Anspruch nehmen, so dass Nachfrageeffekte erst im kommenden Jahr zu erwarten sind.

Kurzfristig dürften ohnehin die Belastungen durch die gestiegene Unsicherheit und die höheren geopolitischen Risiken überwiegen, so dass wir von einer weitgehenden Stagnation der Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr ausgehen. Der Nowcast für die ersten beiden Quartale ergibt eine Stagnation im ersten Quartal und einen geringfügigen Zuwachs des BIP im zweiten Quartal (Schaubild 3).

Schaubild 3

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (Döhrn et al., 2018: 29-31).

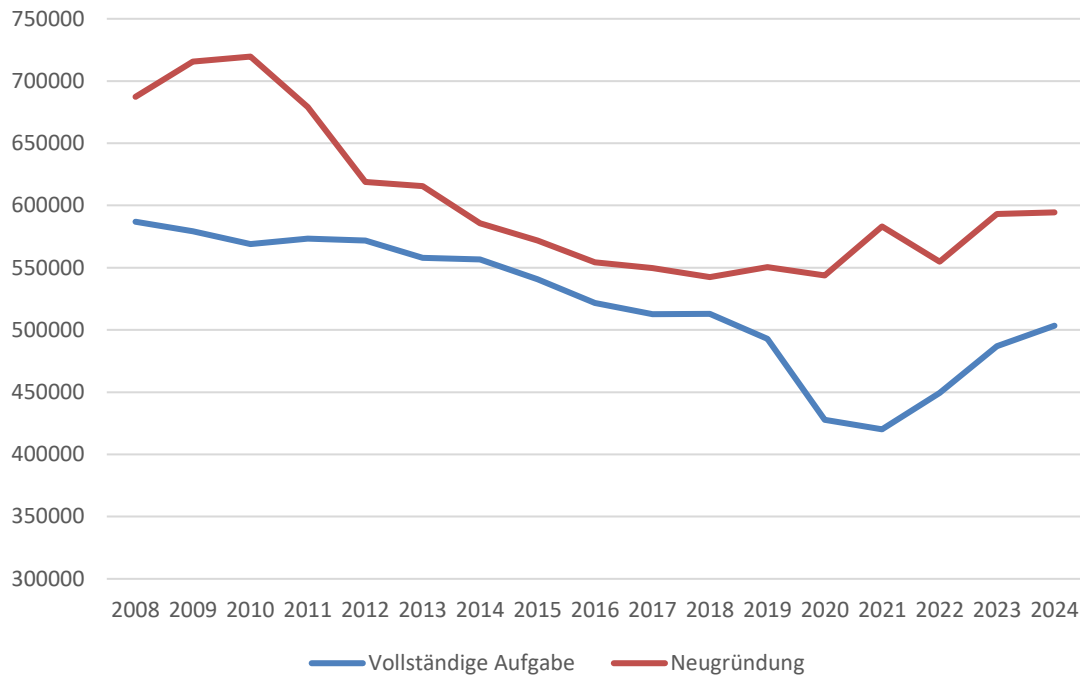
Kasten 1

Zu Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen in Deutschland

Nachdem die Insolvenzzahlen während der Corona-Krise durch die Aussetzung der Antragspflicht deutlich gesunken waren, war vielfach im Anschluss mit einem deutlichen Anstieg gerechnet worden. Zudem werden die aktuell steigenden Insolvenzzahlen häufig als Beleg einer drohenden Deindustrialisierung in Deutschland angesehen. Steigende Insolvenzzahlen könnten aber auch Teil eines Strukturwandels sein, insbesondere dann, wenn gleichzeitig in anderen Bereichen in verstärktem Maße Neugründungen zu beobachten sind.

Tatsächlich ist die Zahl der vollständigen Geschäftsaufgaben seit dem Jahr 2020 deutlich gestiegen (Schaubild). Damit wurde aber lediglich der vorherige Rückgang ausgeglichen. Der derzeitige Anstieg der Insolvenzen ist daher wohl eher eine Normalisierung, nachdem vor allem durch die großzügig gewährten Coronahilfen die Zahl der Insolvenzen im Jahr 2020 deutlich gesunken war. Auch die Entwicklung bei den Neugründungen deutet für sich genommen nicht auf eine ausgeprägte strukturelle Krise hin. Seit dem Jahr 2018 steigt die Zahl der Neugründungen wieder, nachdem sie zuvor einige Jahre gesunken war. Ein kräftiger Anstieg wie in der Phase nach der Finanzkrise 2008/2009 ist derzeit aber nicht zu beobachten.²

² Die Beobachtung, dass die Zahl der Neugründungen die Zahl der vollständigen Geschäftsaufgaben im gesamten Beobachtungszeitraum übersteigt, dürfte auch damit zusammenhängen, dass nicht alle Geschäftsaufgaben von der amtlichen Statistik erfasst werden.

Schaubild**Neugründungen und Geschäftsaufgaben in Deutschland
2008 bis 2024**

Quelle: Eigene Berechnung nach Angaben von Destatis.

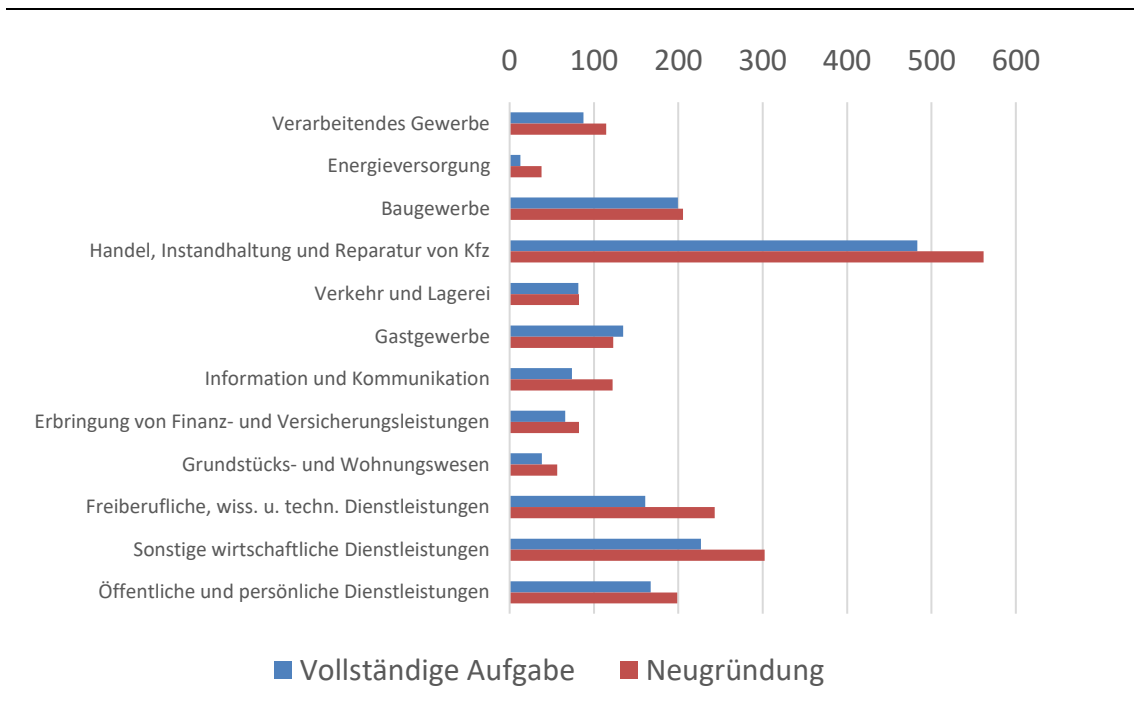
Um der Frage nachzugehen, in welchem Ausmaß Gründungen und Geschäftsaufgaben auf einen wirtschaftlichen Strukturwandel hindeuten, werden im Folgenden die einzelnen Wirtschaftsabschnitte getrennt betrachtet (Schaubild). Insgesamt überwiegen seit dem Jahr 2020 bis auf wenige Ausnahmen in allen Wirtschaftsabschnitten die Neugründungen die Geschäftsaufgaben. Dies spricht ebenfalls für eine generelle Normalisierung nach der Corona-Krise. Eine nennenswerte Ausnahme ist das Gastgewerbe, in dem in diesem Zeitraum mehr Geschäftsaufgaben als Neugründungen zu verzeichnen sind. Dieser Wirtschaftsabschnitt war zunächst während der Corona-Krise stark belastet und hatte anschließend mit starken Kostensteigerungen zu kämpfen.

Im Wirtschaftsabschnitt Verkehr und Lagerei sowie im Baugewerbe halten sich Neugründungen und Geschäftsaufgaben in etwa die Waage. Während der Bereich Verkehr und Lagerei unter der schwachen Nachfrage insbesondere aus dem Ausland leiden dürfte, was zumindest teilweise strukturell bedingt ist, leidet das Baugewerbe unter den gestiegenen Finanzierungs- und Baukosten. Dies dürfte allerdings ein temporäres Phänomen sein.

Darüber hinaus zeigt sich recht deutlich, dass die Differenz zwischen Neugründungen und Aufgaben in den Dienstleistungssektorbereichen deutlich größer ist als im Produzierenden Gewerbe. Dies passt zur Beschäftigungsentwicklung, die in den Dienstleistungsbereichen bis an den aktuellen Rand aufwärtsgerichtet war, während im Verarbeitenden Gewerbe bereits seit einiger Zeit Stellen in größerer Zahl abgebaut werden. Dadurch findet auch in dieser Phase eine weitere Verschiebung der Wirtschaftsaktivität hin zu den Dienstleistungssektoren statt.

Schaubild**Neugründungen und Geschäftsaufgaben in ausgewählten Wirtschaftszweigen**

Werte der Jahre 2021 bis 2024 kumuliert in Tsd.



Quelle: Eigene Berechnung nach Angaben von Destatis.

Da einige der Probleme insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, wie höhere Energiekosten und geringere internationale Wettbewerbsfähigkeit, als längerfristig anzusehen sind, dürfte diese Verlagerung Bestand haben. Allerdings deuten die Neugründungen darauf hin, dass auch innerhalb dieses Bereichs ein Wandel stattfindet. Zudem dürfte der Anstieg der Neugründungen im Wirtschaftsabschnitt Energieversorgung mit der Energiewende im Zusammenhang stehen. Auch dies ist Teil des Strukturwandels innerhalb des Produzierenden Gewerbes.

3. Kurzfristige Belastungen nehmen ab

Die wirtschaftlichen Perspektiven haben sich für dieses Jahr in den vergangenen Wochen noch einmal erheblich eingetrübt. In der vorherigen Prognose waren wir davon ausgegangen, dass die Unsicherheit über die zu erwartende Wirtschaftspolitik nach der Bundestagswahl rasch zurückgeht und Unternehmen und private Haushalte ihre Zurückhaltung bei der Nachfrage nach und nach aufgeben (Schmidt et al. 2024). Unwägbarkeiten mit Blick auf das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, aber vor allem die durch die neue US-Regierung entstandenen geopolitischen Risiken haben die Voraussetzungen für eine konjunkturelle Erholung in Deutschland noch einmal deutlich verschlechtert.

Die Reaktion der möglichen zukünftigen Koalitionspartner, insbesondere die Pläne für eine massive Aufstockung der Rüstungsausgaben, zeigt sehr deutlich, dass sich die politischen Prioritäten verschoben haben. Ob die geplante Änderung des Grundgesetzes gelingt, um die Verteidigungsausgaben weitgehend aus den Regelungen der Schuldenbremse herauszunehmen, ist derzeit noch unsicher. Zudem zeigen die Erfahrungen mit dem Sondervermögen Bundeswehr, dass es wohl einige Zeit dauern wird, bis die neuen Finanzmittel tatsächlich abfließen. Für das neu geplante Sondervermögen für die Infrastruktur dürfte Ähnliches gelten.

Aus diesem Grund unterstellen wir in dieser Prognose zwar eine weitere Aufstockung der Verteidigungs- und Investitionsausgaben, gehen aber von einem deutlich geringeren Volumen als den derzeit diskutierten 900 Mrd. Euro aus. Zudem dürften nun viele Maßnahmen in anderen Politikbereichen erst später angegangen werden. Wichtige Rahmensetzungen in der Energie- und Klimapolitik dürften sich beispielsweise verzögern.

Darüber hinaus werden für die Prognose die folgenden Annahmen getroffen:

- Der Welthandel ist im vergangenen Jahr um 1,8% ausgeweitet worden. Vor dem Hintergrund der handelspolitischen Drohungen und Maßnahmen der US-Administration dürfte sich die Dynamik im laufenden Jahr merklich abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte der Welthandel aber noch um 1,7% zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte das Expansions-tempo 1,6% betragen.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) war bereits im Verlauf des vergangenen Jahres merklich gesunken. Nach einem Jahresdurchschnitt von rund 80 Dollar je Barrel im Jahr 2024, dürfte er damit im laufenden Jahr merklich niedriger liegen. Im Einklang mit den Terminnotierungen dürfte der Jahresdurchschnitt 2025 71,4 Dollar je Barrel betragen. Im Jahr 2026 dürfte er dann auf 68 Dollar je Barrel sinken.
- Die Großhandelspreise für Gas (TTF) sind im Verlauf des vergangenen Jahres auf über 40 Euro je MWh deutlich gestiegen. Die Futurepreise zeigen für den Prognosezeitraum einen allmählichen Rückgang an. Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwarten wir 40 Euro je MWh und im kommenden Jahr dürfte sich ein Jahresdurchschnitt von 35 Euro je MWh ergeben.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 1,07 Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes stiegen im abgelaufenen Jahr um 4,7%. Im Jahresdurchschnitt dürften die Tariflöhne 2025 und 2026 um 2,9% bzw. 3,0% steigen.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

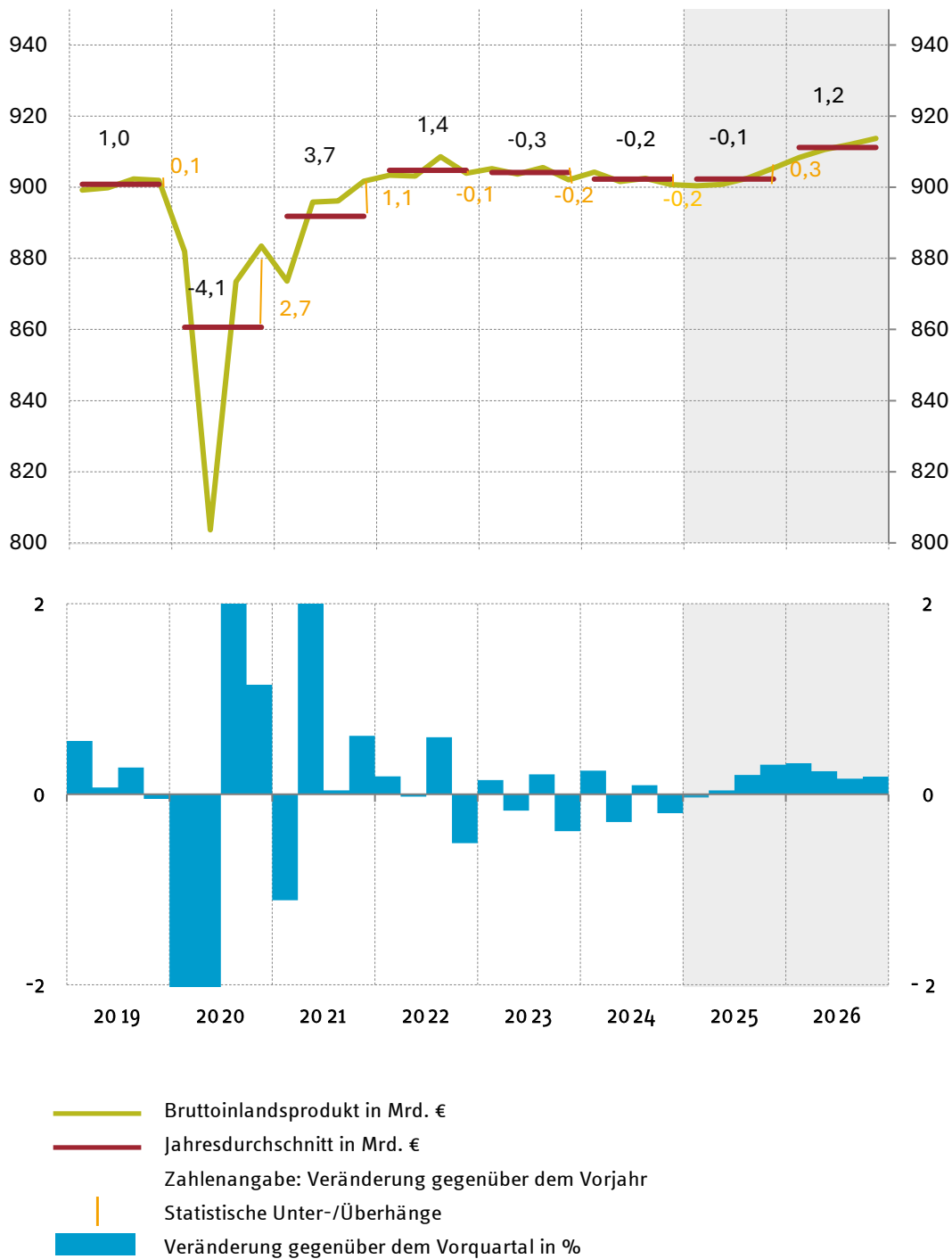
- Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen von den im Herbst 2023 erreichten Höchstständen um insgesamt einen Prozentpunkt gesenkt. Nach den bereits erfolgten zwei Zinsschritten seit Jahresbeginn, dürfte noch ein weiterer folgen, so dass der Zinssatz für die Einlagefazilität von 3% zum Jahresende 2024 auf 2,25% zur Jahresmitte 2025 sinkt. Darüber hinaus werden keine weiteren Zinsschritte angenommen.
- Die Finanzpolitik ist im Jahr 2025 restriktiv ausgerichtet. Der restriktive Impuls beträgt 0,5% des BIP. Im Jahr 2026 ist die Finanzpolitik neutral ausgerichtet.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir erst nach der Stagnation im ersten Halbjahr wieder leicht positive Zuwachsraten für das BIP. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich ein leichter Rückgang des BIP um 0,1%. Zu der negativen Jahresdurchschnittsrates trägt auch ein Unterhang von 0,2 Prozentpunkten bei. Im Jahresverlauf steigt das BIP um 0,5% (Tabelle 3). Im kommenden Jahr dürfte sich die Belebung etwas verstärken. Dabei wird angenommen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit nach und nach verringert. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die neue Bundesregierung ein Konzept zur Stärkung des Wirtschaftswachstums vorlegt, das auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen umfasst. Eine weitere Voraussetzung ist, dass der Zollkonflikt mit den USA im Laufe dieses Jahres entschärft werden kann. In diesem Fall dürfte der private Konsum stärker ausgeweitet werden und die Sparquote etwas sinken. Angesichts weiter sinkender Zinsen dürften auch die Investitionen allmählich wieder ausgeweitet werden. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP im kommenden Jahr um 1,2% steigen (Schaubild 4).

Schaubild 4

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2019 bis 2026; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem ersten Quartal 2025 eigene Prognose.

Kasten 2**Zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen öffentlicher Mehrinvestitionen**

Anfang März 2025 einigten sich die Parteien der voraussichtlichen nächsten Bundesregierung auf eine massive Ausweitung der Neuverschuldung, um den aktuellen geopolitischen Herausforderungen zu begegnen und die Modernisierung der Infrastruktur zu beschleunigen. Aufgrund der vorgesehenen Größenordnung der Mehrausgaben könnte das Bruttoinlandsprodukt dadurch kräftig steigen. Die Größe eines solchen Effektes wird als Fiskalmultiplikator bezeichnet und war in den vergangenen Jahren Gegenstand vieler empirischer Untersuchungen.

Der fiskalische Multiplikator beschreibt den Faktor, mit dem sich ein Impuls auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität auswirkt und hängt von mehreren Einflüssen ab. So kann der Multiplikator sehr klein oder negativ sein, falls die zusätzlichen staatlichen Investitionen private wirtschaftliche Aktivität verdrängen (Crowding-out-Effekt). Er kann Werte größer als eins annehmen, wenn die öffentlichen Investitionen private wirtschaftliche Aktivitäten anregen (Crowding-in-Effekt). Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über weitere Faktoren, die den Multiplikator beeinflussen können.

Tabelle**Einfluss ausgewählter Faktoren auf die Größe fiskalischer Multiplikatoren**

Negativ	Positiv
Hohe Auslastung in der Volkswirtschaft	Niedrige Auslastung
Expansive Fiskalpolitik begleitet durch restriktive Geldpolitik	Expansive Fiskalpolitik ohne geldpolitische Reaktion
Hohe Sparquote	Niedrige Sparquote
Wenn große, bestehende Firmen profitieren	Wenn kleine, innovative Firmen profitieren
Ausländische Firmen profitieren	Heimische Firmen profitieren
Massengüter von geringer Komplexität beschafft werden	Wenn Spitzentechnologie gefördert wird

Eigene Darstellung.

In empirischen Studien, die zu einem großen Teil für die USA durchgeführt wurden, liegen die Werte für den Fiskalmultiplikator zwischen 0 und 2 (Ramey 2011; Bachmann und Sims 2012; Auerbach und Gorodnichenko 2012; Ilzetzi et al. 2013; Nakamura und Steinsson 2014; Ramey 2019; Chadorow-Reich 2019; Boehm 2020;). Neben den verschiedenen Untersuchungszeiträumen und Länderspezifizierungen spielt laut Caldara und Kamps (2017) die Identifikationsstrategie des Fiskalschocks eine große Rolle. Chadorow-Reich (2019) untersucht die bestehende empirische Literatur in einer Meta-Studie und findet für expansive fiskalpolitische Maßnahmen einen Multiplikator von durchschnittlich 1,8 und mindestens 1,7, sofern die expansive Fiskalpolitik nicht durch eine kontraktive geldpolitische Maßnahme flankiert wird.

Auf Deutschland sind diese Werte nur bedingt übertragbar. Für einen niedrigeren Fiskalmultiplikator hierzulande spricht, dass die Sparquote in Deutschland höher ist als in den USA (Broda und Parker 2014). Zudem wird in Deutschland wohl ein größerer Teil der zusätzlichen Rüstungsausgaben im Ausland getätigt, selbst wenn bei den zukünftigen Investitionen vermehrt auf heimische Beschaffung geachtet werden sollte (Ilzetzi 2025). Zudem fließt durch die stärkere Handelsintegration Deutschlands ein größerer Teil der zusätzlichen Einkommen ins Ausland ab. Für einen höheren Multiplikator hingegen spricht die aktuelle konjunkturelle Schwäche

Deutschlands (Auerbach und Gorodnichenko 2012, Gechert und Rannenberg 2018). Darüber hinaus führt die Mitgliedschaft Deutschlands im Euro-Raum dazu, dass die geldpolitische Reaktion auf eine fiskalische Expansion schwächer ausfallen dürfte als in den USA, da die EZB nicht ausschließlich auf die wirtschaftliche Entwicklung eines einzelnen Landes reagieren kann (Coenen et al. 2012, Bianchi und Melosi 2019). Clemens et al. (2025) finden für Deutschland einen Multiplikator von 1,9.

Um darzustellen, wie sich die geplanten Maßnahmen quantitativ auf das deutsche BIP auswirken könnten, werden im Folgenden mehrere Multiplikatoren angewendet, die in der Literatur geschätzt wurden. Dabei wird angenommen, dass 900 Mrd. € über einen Zeitraum von zehn Jahren in die öffentliche Infrastruktur und für Rüstungsausgaben investiert werden. Da die Multiplikatoren für Investitionen in beiden Bereichen in einer ähnlichen Bandbreite liegen (Auerbach und Gorodnichenko 2012), wird auf eine Unterscheidung der beiden Investitionsbereiche verzichtet. Sollte der Multiplikator bei 0,6 liegen (Ramey 2019) würde das BIP durch diese Maßnahmen unter den angenommenen Bedingungen in 10 Jahren im jährlich Durchschnitt um etwa 54 Mrd. € größer sein, während es im Falle eines Multiplikators von 1,9 im Durchschnitt um etwa 171 Mrd. € pro Jahr zulegen dürfte.

Tabelle

Quantifizierung der jährlichen Effekte der geplanten Mehrausgaben mit Hilfe von Multiplikatoren ausgewählter Studien

in Prozent und in Milliarden Euro

Multiplikator (entsprechende Studie)	Größenordnung des Effekts	
	(in Bezug auf das nominale BIP von 2025)	
	In Mrd. €	In %
0,6 (Ramey, 2019)	54	1,2%
1 (Ramey, 2011)	90	2,1%
1,5 (Nakamura und Steinsson, 2014)	135	3,1%
1,9 (Clemens et al., 2025)	171	3,9%

Quelle: Eigene Berechnung.

Der tatsächliche Wachstumsimpuls hängt von den zuvor diskutierten Einflussfaktoren ab. Zusätzlich dürfte der Effekt umso größer ausfallen, je gezielter Innovationen in Unternehmen, vorzugsweise im Hochtechnologiebereich, angeregt werden (Ilzetzki 2025). Darüber hinaus gibt es eine weitere Einschränkung: Die tatsächlich investierte Summe dürfte geringer ausfallen als der Umfang der neu aufgenommenen Schulden. So könnten beispielsweise niedrigere föderale Ebenen ihre eigenen Investitionen reduzieren, um die vom Bund bereitgestellten Mittel zu kompensieren – wodurch der tatsächliche Investitionszuwachs deutlich geringer ausfiele (Dupor 2017). Zudem könnten die langwierigen bürokratischen Prozesse, die bei der Rüstungsbeschaffung und Bauinvestitionen in Deutschland anfallen, die Effizienz des Mitteleinsatzes weiter verringern (Liscow 2025).

Tabelle 3**Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts**

2023 bis 2026; in %

	2023	2024	2025 ^p	2026 ^p
Statistischer Überhang ¹	-0,1	-0,2	-0,2	0,3
Jahresverlaufsrate ²	-0,2	-0,1	0,5	0,9
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-0,1	-0,2	0,0	1,0
Kalendereffekt ³	-0,2	0,0	-0,1	0,3
Durchschnittliche Veränderung	-0,3	-0,2	-0,1	1,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

3.1 Exporte werden von Zöllen belastet

Die Exporte sind im Schlussquartal 2024 ein weiteres Mal kräftig zurückgegangen. Insbesondere die Nachfrage aus China, die bereits seit dem Jahr 2021 zurückgeht, ist im Schlussquartal nochmals deutlich gesunken. Die Dienstleistungsexporte sind dagegen recht kräftig ausgeweitet worden. Auch bei den Importen zeigen sich nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen Waren und Dienstleistungen. Während die Warenimporte zurückgingen, wurden die Dienstleistungsimporte weiter ausgeweitet.

Die Aussichten für die deutschen Exporte haben sich durch den Zollstreit mit den USA deutlich verschlechtert. Die Zölle von 25% auf US-Importe von Aluminium und Stahl belasten zwar bisher nur einen kleinen Teil der deutschen Exporte in die USA. Gegenmaßnahmen der EU belasten den Außenhandel aber zusätzlich. Zudem ist eine Ausweitung der Maßnahmen von beiden Seiten nicht auszuschließen, so dass auch die damit verbundene Unsicherheit erhalten bleibt.

Die Warenausfuhren im Januar deuten darauf hin, dass sich die Schwäche im Außenhandel zu Beginn dieses Jahres fortgesetzt hat. Der Anstieg im Containerumschlag in den europäischen Häfen im Januar hat sich nicht in steigenden Warenexporten widerspiegelt. Selbst wenn die Ausweitung der Zölle – wie angenommen – auf weiter Waren vermieden werden sollte, dürfte die handelspolitische Unsicherheit die Warenausfuhren weiter belasten. Damit wird gerade der Teil der deutschen Exporte gedämpft, der in der jüngsten Vergangenheit noch vergleichsweise robust war. Die Ausfuhren ins europäische Ausland dürften im bisherigen mäßigen Tempo ausgeweitet werden. Insgesamt dürften die Warenexporte im ersten Quartal noch einmal zurückgehen und erst danach allmählich ausgeweitet werden. Die Dienstleistungsexporte entwickeln sich dagegen weiterhin robust.

Für den Durchschnitt dieses Jahres ergibt sich für die Exporte ein Rückgang von 2,1% gegenüber dem Vorjahr. Im kommenden Jahr dürften sie um 2,3% zulegen (Tabelle 4). Die Importe werden wohl nach zwei schwachen Jahren wieder etwas stärker ausgeweitet werden. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich für dieses Jahr ein Zuwachs von 1,6% und im kommenden Jahr von 2,4%. Vor allem die Dienstleistungsimporte dürften etwas kräftiger steigen. Bei alledem wird die Preisentwicklung wohl schwach bleiben.

Tabelle 4**RWI-Konjunkturprognose vom März 2025**

2023 bis 2026, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025 ^P	2026 ^P	Änderung zum Dezember 2024		
					2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,3	-0,2	-0,1	1,2	0,0	-0,7	-0,1
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	-0,3	1,2	0,6	0,9	0,5	-0,4	0,0
Private Haushalte ²	-0,4	0,3	0,2	0,9	0,2	-0,7	0,1
Staat	-0,1	3,5	1,7	0,9	1,2	0,2	-0,3
Anlageinvestitionen	-1,2	-2,7	-0,2	3,0	0,2	-0,1	0,2
Bauten	-3,4	-3,3	-0,3	1,9	0,4	0,6	-0,2
Ausrüstungen	-0,8	-5,5	-0,6	5,1	0,2	-0,3	1,0
Sonstige Anlagen	4,7	3,9	0,6	2,6	-0,2	-1,7	0,1
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	0,1	0,0	1,0	-0,1	-0,1	0,5	0,0
Inländische Verwendung	-0,4	0,4	1,5	1,3	0,3	0,2	0,0
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,1	-0,6	-1,5	0,0	-0,3	-0,9	-0,1
Ausfuhr	-0,3	-1,1	-2,1	2,3	-0,4	-2,1	-0,5
Einfuhr	-0,6	0,2	1,6	2,4	0,3	0,0	-0,3
Erwerbstätige ³ , in 1000	46 011	46 082	46 037	46 022	-25	0	68
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 609	2 787	2 907	2 873	0	63	117
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,7	6,0	6,2	6,2	0,0	0,1	0,3
Verbraucherpreise ⁶	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Lohnstückkosten ⁷	6,9	5,6	3,8	1,9	0,1	1,1	0,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-103,8	-118,8	-112,4	-121,6	-12,1	-25,1	-29,9
in % des nominalen BIP	-2,5	-2,8	-2,6	-2,7	-0,3	-0,6	-0,7
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	243,1	248,7	181,6	181,9	-17,6	-61,3	-66,3
in % des nominalen BIP	5,8	5,8	4,2	4,0	-0,4	-1,4	-1,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ¹⁰In %-Punkten, Abweichungen rundungsbedingt möglich. – ^PPrognose.

3.2 Erste Anzeichen einer Stabilisierung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind auch im vierten Quartal weiter zurückgegangen. Mit einem Minus von 0,3% gegenüber dem Vorquartal war es der fünfte Rückgang in Folge. Ausschlaggebend hierfür war erneut die Entwicklung bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen, die um 1,9% sanken. Demgegenüber stiegen die sehr volatilen öffentlichen Investitionen sprunghaft um 15,3%. Trotz eines starken Jahres 2024 (5,3% gegenüber 2023) lagen die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen weiter unter dem Niveau des Jahres 2021. Ein eindeutiger Impuls durch das Sondervermögen Bundeswehr ist bislang noch nicht zu erkennen, wobei die Verzögerung nicht ungewöhnlich ist (Briganti und Sellemi 2022).

Erste Anzeichen einer Stabilisierung zeigen sich jedoch bei den Auftragseingängen. Diese legten im November und Dezember deutlich zu, wenngleich sie im Januar wieder etwas zurückgingen. Zwar sind Großaufträge für einen Teil des Anstiegs verantwortlich und überzeichnen damit

etwas die konjunkturelle Dynamik. Doch auch ohne Großaufträge deutet sich eine Trendwende an. Besonders die Automobilindustrie verzeichnet eine steigende Nachfrage, während die Maschinenbauer weiterhin mit rückläufigen Auftragseingängen zu kämpfen haben. Zudem hat sich die Kapazitätsauslastung der Investitionsgüterhersteller im ersten Quartal spürbar erhöht. Allerdings bleibt das Geschäftsklima noch eingetrübt und die Geschäftserwartungen haben sich nur minimal verbessert. Durch weiter sinkende Zinsen und die von den Parteien der wahrscheinlichen neuen Regierung angekündigten Investitionsprogramme dürften sich die Investitionsbedingungen allmählich verbessern. Dementsprechend ist mit einer Erholung der privaten Investitionsgüternachfrage ab der zweiten Hälfte dieses Jahres zu rechnen.

Insgesamt gehen wir für das laufende Jahr von einem Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 0,6% aus. Erst im kommenden Jahr dürfte die Entwicklung mit einem Anstieg um 5,1% wieder ins Positive drehen. Dabei wird die Dynamik wohl vor allem von den öffentlichen Investitionen getragen, die mit 19,5% in diesem Jahr und 21,3% im nächsten Jahr kräftig zulegen dürften. Die privaten Investitionen hingegen bleiben zunächst schwach mit einem Minus von 2,8% in diesem Jahr, bevor sie im Jahr 2026 voraussichtlich um 2,9% anziehen werden.

3.3 Anzeichen einer Belebung der Bauinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte

Die Bauinvestitionen haben im vierten Quartal um 1,0% zugelegt. Dabei zeigte sich vor allem im Wirtschaftsbau eine deutlich positive Dynamik mit einem Anstieg von 2,6%. Der Wohnungsbau legte um 0,8% zu, während der öffentliche Nichtwohnungsbau mit -0,2% leicht rückläufig war. Die milde Witterung sowie die gute Auftragslage im Wirtschaftsbau dürften hierzu maßgeblich beigetragen haben. Dennoch bleibt im Allgemeinen der Auftragsmangel weiterhin das größte Hemmnis für das Baugewerbe.

Auch im ersten Quartal zeigt sich ein unverändert schwieriges Umfeld. Die Unternehmen klagen weiterhin über hohen Auftragsmangel sowie sonstige Baueinschränkungen, worunter im Wesentlichen fehlende Fachkräfte zu verstehen sein dürften. Außerdem liegt der Bauaktivitätsindikator weiterhin unterhalb der Wachstumsschwelle. Zwar hat sich das Geschäftsklima zuletzt geringfügig verbessert, doch die Kapazitätsauslastung blieb im ersten Quartal eher schwach. Eine unmittelbare Trendwende bei den Bauinvestitionen zeichnet sich daher nicht ab. Allerdings mehren sich die Anzeichen für eine Belebung in der zweiten Jahreshälfte. Die Zinsbelastung für private Bauträger geht langsam, aber stetig zurück, wodurch sich das Neugeschäftsvolumen allmählich erholt. Auch die Auftragseingänge zeigen in allen Bausegmenten eine leicht aufwärtsgerichtete Tendenz. Die von der Bundesbank ausgewiesenen Baugenehmigungen im Wohnungsbau sind ebenfalls bereits im Aufwärtstrend, während sie in anderen Bereichen stagnieren.

Für das Gesamtjahr rechnen wir noch einmal mit einem leichten Rückgang der Bauinvestitionen um 0,3%, bevor sie im nächsten Jahr mit 1,9% wieder zulegen. Dabei dürfte der Wirtschaftsbau mit 1,9% in diesem und 1,8% im nächsten Jahr den stärksten Anstieg aufweisen. Der Wohnungsbau bleibt zunächst schwach (-1,1%), dürfte im Jahr 2026 aber mit 2,1% anziehen. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften in diesem Jahr um 0,5% zurückgehen und im kommenden Jahr mit 1,6% moderat zulegen. Allerdings unterliegt die Prognose angesichts des geplanten Sondervermögens für die Modernisierung der Infrastruktur erheblichen Risiken. Zum einen würde eine rasche Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen zu einer signifikanten Erhöhung der Bauinvestitionen führen. Dadurch könnten Kapazitäten in anderen Segmenten nicht zur Verfügung stehen. Zum anderen könnten höhere Staatsschulden zu steigenden Zinsen für Wohnungsbaukredite führen und dadurch die Finanzierung privater Wohnungsbauprojekte erschweren.

3.4 Privater Konsum zieht nach schwachem Start ins Jahr wieder an

Der private Konsum hat im vergangenen Jahr – wie schon in den Jahren zuvor – keine klare Richtung gefunden. Nach einem Rückgang im zweiten Quartal des Jahres 2024 stieg der Konsum im dritten und vierten Quartal wieder leicht an. Zu Beginn dieses Jahres ist zunächst mit einem erneuten Rückgang der Konsumnachfrage zu rechnen. So lässt das schwache Konsumklima darauf schließen, dass die Verbraucher sowohl die wirtschaftliche Lage als auch ihre eigenen Einkommensaussichten negativer einschätzen als in den Vormonaten. Angesichts der erheblichen Unsicherheit verbunden mit den Neuwahlen im Februar ist damit zu rechnen, dass sie sich mit größeren Anschaffungen zunächst zurückhalten. Da die verfügbaren Einkommen steigen, dürfte sich dadurch die Sparquote weiter erhöhen. Auch die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte den privaten Konsum dämpfen.

Erst im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Haushalte ihre Zurückhaltung nach und nach aufgeben. Zum einen gehen wir davon aus, dass nach der Regierungsbildung die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit zurückgeht. Die nachlassende Inflation dürfte zudem die Anschaffungsneigung erhöhen. Auch die Beschäftigungsunsicherheit dürfte aufgrund einer leicht rückläufigen Arbeitslosigkeit bis zum Ende des Prognosezeitraums zurückgehen.

Alles in allem trägt der Rückgang der Sparquote zu einem moderaten Anstieg des privaten Konsums bei. Für dieses Jahr rechnen wir mit einem Anstieg um 0,2% gegenüber dem Vorjahr. Im kommenden Jahr dürfte der private Konsum dann um 0,9% zulegen.

3.5 Vorübergehende Zurückhaltung beim Staatskonsum

Der Staatskonsum ist im vergangenen Jahr durch einen hohen Zuwachs der sozialen Sachleistungen und deutliche Entgeltsteigerungen im öffentlichen Sektor spürbar gestiegen. Letztere dürften im laufenden Jahr mit etwas niedrigeren Raten zulegen. Zu Beginn des Jahres steigt der Staatskonsum wohl nur geringfügig, da kein neuer Bundeshaushalt verabschiedet werden kann, bis sich der neu gewählte Bundestag konstituiert hat. Im nächsten Jahr dürfte der Staatskonsum mit etwas höheren Wachstumsraten konstant steigen.

4. Industrie verharnt in der Krise

Die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftszweige hat im vierten Quartal um 0,3% und damit das vierte Quartal in Folge abgenommen (Tabelle 5). Sie liegt am aktuellen Rand in etwa wieder auf dem Vorpandemieniveau. Maßgeblich für diese Entwicklung ist die anhaltende Krise im Verarbeitenden Gewerbe, in dem die Wertschöpfung seit Anfang des Jahrs 2023 zurückgeht. Diese Schwäche wird durch strukturelle und konjunkturelle Faktoren, wie hohe Energiepreise, hohe bürokratische Hürden, die veränderte Rolle Chinas im internationalen Handel und den Mangel an Aufträgen, hervorgerufen. Sie scheint zunehmend auch die Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen zu erfassen. Zunächst stabilisierte eine relativ kräftige Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität im Wirtschaftszweig Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Am aktuellen Rand scheinen jedoch die negativen Effekte zu überwiegen, so dass im vierten Quartal die Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen zurückgegangen ist.

Viele der Faktoren, welche die Produktion in der Industrie belasten, dürften auch im ersten Quartal 2025 fortbestehen. So liegen die Gaspreise weiterhin deutlich oberhalb des Niveaus, das vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu beobachten war. Zudem ist die wirtschaftspolitische Unsicherheit weiterhin hoch und die Exporte nach China nahmen zuletzt erneut deutlich ab. Der Auftragseingangsindex ohne Großaufträge ist im Januar um 2,7%

gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Ebenso ist der Anteil der Unternehmen, welche in den ifo Unternehmensumfragen den Mangel an Aufträgen als Produktionshemmnis nennen, im ersten Quartal 2025 weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Für das erste Quartal ist daher mit einem erneuten Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen. Im zweiten Quartal werden die US-Zölle auf Stahl und Aluminium und eventuell weitere Zölle etwa auf Produkte aus der Automobilbranche die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe belasten.

In vielen Wirtschaftszweigen der Dienstleistungen dürfte die wirtschaftliche Aktivität im ersten Quartal nur stagnieren. Der private Konsum dürfte von der hohen Unsicherheit in Bezug auf die vorgezogene Bundestagswahl gedämpft werden. Insbesondere in den konsumnahen Dienstleistungen ist daher mit einer schwachen Zunahme der Bruttowertschöpfung zu rechnen. Zudem treiben die gestiegenen Löhne die Preise in den Dienstleistungen, was die Nachfrage nach diesen Gütern bremsen dürfte. Die Unternehmensdienstleister dürften weiterhin unter der Schwäche des Verarbeitenden Gewerbes leiden, während die Wertschöpfung im Wirtschaftszweig Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit vermutlich im langfristigen Durchschnitt wachsen wird.

In diesem Jahr ist mit keiner deutlichen Erholung der Industrie zu rechnen. Das Exportmodell der deutschen Wirtschaft steht aufgrund der hohen Energiepreise seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine und der veränderten Rolle Chinas im internationalen Handelssystem unter Druck. Noch nie seit dem Beginn der Statistik im Jahr 1994 haben Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ihre eigene Wettbewerbsposition so schlecht eingeschätzt wie aktuell. Diese Herausforderungen werden die deutsche Industrie im gesamten Prognosezeitraum begleiten. Ein weiteres Abwärtsrisiko stellt die gestiegene geopolitische Unsicherheit dar, welche mit dem neuen außenpolitischen Kurs der US-Regierung in Verbindung steht. Empirische Untersuchungen zeigen, dass geopolitisches Risiko signifikante negative wirtschaftliche Auswirkungen haben kann (Blagov et al. 2024). Aufwärtsrisiken stellen indes die zunehmend expansive Geldpolitik und ein Rückgang der wirtschaftspolitischen Unsicherheit aufgrund einer schnellen Konstituierung einer neuen Bundesregierung sowie das mögliche Sondervermögen für den Ausbau der Infrastruktur dar.

Tabelle 5

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

2024 bis 2025; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,2	0,0	0,0	0,2	0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,4	-0,3	-0,4	-0,3	0,0	0,0	0,2	0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-3,4	-0,5	-1,8	-1,1	0,0	-0,4	0,0	0,3
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-0,1	-0,7	-1,4	-0,6	0,0	-0,5	0,0	0,3
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-20,3	0,5	-3,7	-3,4	-0,3	-0,1	0,2	0,4
Baugewerbe (F)	2,3	-3,2	-1,3	-0,9	-0,3	-0,1	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	0,5	-0,8	-0,1	0,5	0,0	0,2	0,3	0,5
Information und Kommunikation (J)	2,1	-0,1	-0,4	0,4	0,6	0,6	0,6	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	1,1	-0,4	-1,0	-2,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,6	0,2	-0,6	-0,5	0,0	0,2	0,2	0,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,3	0,2	-0,6	-0,3	0,0	0,2	0,2	0,3
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,5	0,4	1,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,9	0,0	0,1	-0,3	0,2	0,3	0,3	0,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Weitere Quartals- und Jahreswerte finden sich im Anhang. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

5. Leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit

Nach den jüngsten Revisionen der Daten zeigt sich ein Rückgang der Erwerbstätigen bereits im Jahr 2024. Dies dürfte größtenteils auf die die konjunkturelle Schwäche zurückzuführen sein, die sich auch in einer steigenden Arbeitslosigkeit äußert. Dazu dürfte aber auch beigetragen haben, dass der demografisch bedingte Höhepunkt der Erwerbstätigkeit bald erreicht sein wird.

Für die kommenden Monate deuten die Arbeitsmarktindikatoren an, dass die Arbeitslosigkeit noch etwas zunehmen wird. So zeigen sowohl der BA-X, das IAB-Arbeitsmarktbarometer als auch das ifo Beschäftigungsbarometer insgesamt einen negativen Trend. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen weiter sinken wird. Hier kommt der sich verstärkende Rückgang der Erwerbsbevölkerung zum Tragen, der den Fachkräftemangel, von dem viele Unternehmen bereits jetzt berichten, verstärken wird.

Mit der für die zweite Jahreshälfte 2025 erwarteten wirtschaftlichen Erholung dürfte die Arbeitslosigkeit bis zum Ende des Prognosezeitraums moderat zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich in diesem Jahr auf 6,2% steigen und im kommenden Jahr auf 6,1% sinken (Tabelle 6). Insgesamt ist auch die Zahl der Erwerbstätigen im Prognosezeitraum weiter leicht rückläufig – um etwa 45 000 Personen in diesem Jahr und um weitere 15 000 Personen im kommenden Jahr.

Tabelle 6

Arbeitsmarktbilanz

2020 bis 2026; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2020	2021	2022	2023	2024	2025 ^P	2026 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	59 066	60 456	61 211	61 437	61 372	61 592	61 693
Erwerbstätige Inland	44 966	45 053	45 675	46 011	46 082	46 037	46 022
Erwerbstätige Inländer	44 805	44 871	45 464	45 801	45 878	45 833	45 818
Selbständige	4 039	3 952	3 895	3 847	3 774	3 720	3 690
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	21	20	18	20	22	20	19
Arbeitnehmer (Inland)	40 927	41 101	41 781	42 164	42 308	42 317	42 332
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 579	33 897	34 507	34 790	34 932	34 959	34 950
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 290	4 101	4 125	4 198	4 180	4 128	4 110
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3 488	3 368	3 185	3 448	3 577	3 635	3 577
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2 695	2 613	2 418	2 609	2 787	2 907	2 873
Aktivierung und berufliche Eingliederung	173	173	161	155	147	123	123
Berufliche Weiterbildung	181	178	171	184	210	239	260
„Ein-Euro-Jobs“	100	97	92	85	73	54	35
Gründungszuschuss	18	17	16	17	20	19	19
Kurzarbeiter	2 939	1 852	426	241	239	239	239
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter) ²	4 705	4 254	3 346	3 522	3 649	3 707	3 650
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,9	5,7	5,3	5,7	6,0	6,2	6,1
Erwerbslosenquote ⁴	3,3	3,3	2,9	2,8	3,2	3,3	3,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -

¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. - ²Vollzeitäquivalente. - ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

6. Gedämpftes Lohnwachstum

Nach dem kräftigen Anstieg der Löhne im vergangenen Jahr zeichnet sich nun eine Verlangsamung des Lohnauftriebs ab. Vor allem weil die Inflationsausgleichsprämie Ende des Jahres 2024 ausgelaufen ist, entfällt ein wesentlicher Sondereffekt, der das Lohnwachstum zuletzt getrieben hatte. Dabei wurden diese Sonderzahlungen im tarifgebundenen Bereich üblicherweise etwas später als im nicht-tarifgebundenen Bereich ausgezahlt.

Nachdem die Reallöhne im Jahr 2024 deutlich zugelegt hatten, dürfte die Lohnentwicklung in den kommenden Jahren moderater sein. Dies liegt am Auslaufen des Nachholeffekts aus der Hochinflationsphase. Zudem befindet sich der Arbeitsmarkt in einem Spannungsfeld: Einerseits belastet die konjunkturelle Schwäche die Beschäftigungsdynamik, andererseits sorgt die demografisch bedingte Arbeitskräfteknappheit für eine gewisse Stabilisierung der Lohnentwicklung.

Dennoch dürfte das Tariflohnwachstum im Jahr 2025 mit 2,9% weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt liegen. Für die Effektivverdienste ist ein Zuwachs um 3,3% zu erwarten, der unter den hohen Zuwachsraten der Vorjahre bleibt.

Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem etwas stärkeren Anstieg der Tariflöhne um 3,0%. Die Lohndrift, die seit 2021 deutlich positiv war, dürfte sich bis zum Ende des Prognosezeitraums jedoch wieder bei null einpendeln, mit 0,1% bis zum Ende des Prognosejahres. Die Effektivverdienste dürften um 3,1% sinken.

7. Teuerung sinkt erneut

Die Inflationsrate ist seit ihrem Tiefstand von 1,6% im September des vergangenen Jahres kontinuierlich gestiegen und erreichte im Dezember einen Stand von 2,6%. Seit Beginn dieses Jahres zeichnet sich eine Trendumkehr ab. Im Januar und voraussichtlich auch im Februar betrug die Teuerung im Vergleich zum Vorjahresmonat jeweils 2,3%.. Besonders deutlich wird der Rückgang bei der Betrachtung der Kernrate der Inflation (Gesamtindex ohne Energie und Nahrungsmittel). Diese ist von 3,3% im Dezember auf voraussichtlich 2,6% im Februar gesunken. Dabei spielen Basiseffekte eine wichtige Rolle. Zu Beginn des Vorjahres wurde die Umsatzsteuer im Gastgewerbe angehoben und Versicherungen wurden bedeutend teurer. Diese starken Preissteigerungen waren Anfang dieses Jahres nicht zu beobachten. Die Energiepreise tragen nicht mehr im großen Ausmaß zur Dämpfung der Gesamtinflation bei. Sie sind seit Dezember leicht gestiegen, was auf den erhöhten CO₂-Preis zurückzuführen ist.

Zudem gibt es bei der Teuerung deutliche Unterschiede zwischen Waren und Dienstleistungen. So liegt die Inflation bei den Waren mit 0,9% weiterhin deutlich unter, bei den Dienstleistungen mit 3,8% deutlich über der Gesamtinflation. Allerdings ist die Inflationsrate auch bei den Dienstleistungen zuletzt zurückgegangen. Die anhaltend hohe Dienstleistungsinflation im Jahr 2024 war vor allem auf die Weitergabe steigender Lohnkosten zurückzuführen. Aufgrund bedeutend schwächer steigender Löhne im Jahr 2025 ist davon auszugehen, dass sich die Teuerung bei den Dienstleistungen deutlich nachlassen wird.

Insgesamt rechnen wir sowohl für das laufende Jahr als auch für das Jahr 2026 mit einer Inflation von 2%. Angesichts der angespannten konjunkturellen und geopolitischen Lage unterliegt diese Prognose jedoch einer gewissen Unsicherheit. Eine starke Erholung der Nachfrage könnte Preisdruck bei Waren erzeugen, sofern Kapazitäten überlastet werden. Hierzu könnten auch staatliche Nachfrageimpulse als Konsequenz von Sondervermögen oder einer reformierten Schuldenbremse beitragen. US-amerikanische Zölle können sich sowohl positiv als auch

negativ auf die deutsche Inflationsrate auswirken – je nachdem, auf welche Länder und Sektoren sie abzielen und wie diese Länder darauf reagieren.

8. Finanzierungssaldo bleibt deutlich negativ

Die Finanzpolitik ist ausweislich der Maßnahmenmethode im laufenden Jahr restriktiv ausgerichtet (Tabelle 7). Es gibt zwar einige expansive Impulse wie etwa Änderungen bei der Einkommensteuer und das Steuerfortentwicklungsgesetz, jedoch wirkt das Ende von Maßnahmen wie der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie zusätzlich zu den erhöhten Einnahmen durch höhere Beitragssätze zur Sozialversicherung spürbar restriktiv. Im Jahr 2026 dürfte die Finanzpolitik in etwa neutral ausgerichtet sein. Für das kommende Jahr kann der Regierungswechsel die Ausrichtung der Finanzpolitik allerdings noch deutlich verändern.

Im vergangenen Jahr ist das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit erneut merklich gestiegen. Auch im laufenden Jahr dürfte der Finanzierungssaldo ein klares Minus ausweisen, wobei das Defizit mit 112 Mrd. Euro etwas kleiner ausfallen dürfte als im Vorjahr. Einnahmeseitig sorgen die Sozialbeiträge für den größten Zuwachs. Dazu tragen in erster Linie das Auslaufen der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie und die Erhöhung der Beitragssätze zur Krankenversicherung bei. Dem gegenüber stehen allerdings weiter steigende Ausgaben des Staates. Hier sind insbesondere steigende Zinsausgaben und Bruttoinvestitionen hervorzuheben.

Auch im Jahr 2026 dürften die Ausgaben in moderatem Tempo steigen. Neben den Bruttoinvestitionen, die von den zukünftigen Koalitionsparteien geplant werden, steigen voraussichtlich auch die Arbeitnehmerentgelte wieder kräftig. Durch gleichzeitig weniger umfangreich steigende Einnahmen dürfte sich die Finanzierungslücke im kommenden Jahr leicht vergrößern.

Über den gesamten Prognosezeitraum ist die Finanzpolitik ausweislich der Saldenmethode leicht expansiv ausgerichtet (Tabelle 8). Der geringe Rückgang des Finanzierungsdefizits des Staates im Jahr 2025 übersetzt sich in einen leicht negativen strukturellen Primärsaldo. Im kommenden Jahr dehnt sich das Finanzierungsdefizit wieder etwas aus. Gleichzeitig schrumpft die negative Konjunkturkomponente, so dass der strukturelle Primärsaldo wieder abnimmt. Damit ist die Finanzpolitik 2026 etwas stärker expansiv ausgerichtet.

Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte dürfte über 65% im Jahr 2025 auf etwa 66% zum Ende des Jahres 2026 steigen.

Tabelle 7**Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2025	2026
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Sonstige steuerliche Maßnahmen	2,7	1,1
Erhöhung Grund- und Kinderfreibeträge 2024	-3,3	1,3
Steuerfortentwicklungsgesetz	-7,4	-9,9
Erhöhung des CO ₂ -Preises	3,0	3,0
Inflationsausgleichsprämie	5,2	0,0
Inflationsausgleichsgesetz: Tarifverschiebung und Freibeträge 2023	-2,4	-1,0
Umsatzsteuersenkung Erdgas und Gastronomie	1,5	0,0
Senkung Stromsteuer	-0,5	0,0
Anhebung der Tabaksteuer	0,9	0,8
Degressive AfA (2. und 4. Corona-Steuerhilfegesetz)	5,0	3,8
Jahressteuergesetz 2022	1,0	-1,1
Jahressteuergesetz 2024	0,4	0,5
Wachstumschancengesetz	-2,5	-0,7
Zukunftsfinanzierungsgesetz	-0,2	-0,1
Globale Mindestbesteuerung Säule 2	0,0	1,0
Plastikabgabe	0,0	1,4
Erhöhung LKW-Maut	0,9	0,2
Erhöhung Rundfunkbeitrag	0,4	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anhebung Pflegeversicherungssatz	3,0	0,0
Erhöhung Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	6,5	4,0
Inflationsausgleichsprämie	8,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Startchancenprogramm Schulen	-0,5	-0,5
Digitalpakt Schule	0,2	0,6
Erhöhung Ausgaben für Verteidigung	-4,0	-4,0
Senkung Einkommensgrenze Elterngeld	0,3	0,0
Unterstützung der Ukraine	3,5	0,0
Strom- und Gaspreisbremsen	1,3	0,0
Sozialer Wohnungsbau	-0,4	-0,2
zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur	-0,3	0,0
Änderungen beim Bafög	-0,2	0,0
Deutschlandticket	-0,5	0,0
Investitionszuschüsse an die DB	-4,9	0,0
Wohngeldreform	-0,5	0,0
Zusätzliche Ausgaben des KTF	2,4	2,3
Unterstützung der Ukraine	3,5	0,0
Ausgaben der Sozialversicherung		
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1
Grundrente	-0,1	-0,1
Krankenhausreform	-0,4	-0,2
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	-0,8	-0,1
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	-3,0	-0,2
Insgesamt	21,4	2,1
In Relation des BIP in Prozent	0,5%	0,0%

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWK - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ²Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

Tabelle 8**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials

	2022	2023	2024	2025 ^p	2026 ^p
Finanzierungssaldo des Staates	-2,1	-2,5	-2,8	-2,6	-2,7
-Konjunkturkomponente ¹	0,0	-0,6	-1,1	-1,3	-1,0
=konjunkturbereinigter Fin,-saldo	-2,2	-1,9	-1,7	-1,2	-1,7
-Einmaleffekte ²	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	-2,1	-1,9	-1,7	-1,2	-1,7
+Zinsausgaben	0,7	0,9	1,1	1,1	1,1
=struktureller Primärsaldo	-1,4	-1,0	-0,6	-0,1	-0,6

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,55, ²Zahlungen an Betreiber von Kernkraftwerken, ^pEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial

9. Risiken

Die jüngsten politischen Ereignisse in Deutschland und im internationalen Umfeld bleiben nicht ohne Einfluss auf die konjunkturellen Risiken. So ist in dieser Prognose unterstellt, dass die Einführung von Zöllen letztlich weitgehend vermieden werden kann, dass allerdings die damit verbundene Unsicherheit die Wirtschaftsleistung dämpft. Sollte die US-Regierung jedoch im Prognosezeitraum Zölle auf eine größere Zahl von Waren aus der Europäischen Union einführen, würde das die Wirtschaftsleistung und insbesondere die deutschen Exporte stärker dämpfen.

Darüber hinaus ist als weiteres Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hinzugekommen, dass durch den Rückzug der USA als europäische Schutzmacht die Bedrohungslage durch Russland in Europa deutlich zugenommen hat. Dies zeigt sich bereits in den Indikatoren zu den geopolitischen Risiken. Sollte es den Mitgliedern der Europäischen Union nicht schnell gelingen, eine glaubwürdige europäische Verteidigung auf den Weg zu bringen, könnten die geopolitischen Risiken noch deutlich stärker steigen als bisher. Die wirtschaftlichen Folge wäre insbesondere ein stärkerer Rückgang der Investitionen und des privaten Konsums.

Als Teil dieser europäischen Verteidigungsinitiative haben die meisten Mitgliedsländer der Europäischen Union zusammen mit dem Vereinigten Königreich erklärt, die Ausgaben für Verteidigung in den kommenden Jahren deutlich anzuheben. Dadurch würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auch nach deutschen Rüstungsgütern deutlich steigen. Die voraussichtlichen zukünftigen Koalitionspartner haben darüber hinaus ein neues Sondervermögen zur Modernisierung der Infrastruktur vereinbart, das 500 Mrd. Euro betragen und über die kommenden zehn Jahre verausgabt werden soll.

Bei einem Multiplikator von eins – was nicht unplausibel ist – würde das nominale BIP um etwa 1% höher ausfallen als in der aktuellen Prognose unterstellt (Kasten 2). Es besteht allerdings das Risiko, dass dieser Nachfrageschub angesichts der die deutsche Volkswirtschaft plagenden strukturellen Hemmnisse, etwa durch Fachkräfteengpässe und eine lähmende Bürokratie, weniger zu einem Wachstums-, sondern zu einem Inflationsschub führen könnte.

Nicht zuletzt sind Risiken mit der aktuellen Arbeitsmarktentwicklung verbunden. Trotz steigender Arbeitslosigkeit ist die Beschäftigung nur leicht rückläufig und immer noch auf einem hohen Niveau. Sollte sich der Beschäftigungsabbau aber verstärken, würden der private Konsum und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage deutlich stärker belastet als hier unterstellt.

10. Literatur

- Auerbach, A. J. und Y. Gorodnichenko (2012). Measuring the output responses to fiscal policy. *American Economic Journal: Economic Policy* 4 (2), 1–27.
- Bachmann, R. und E. R. Sims (2012). Confidence and the transmission of government spending shocks. *Journal of Monetary Economics* 59 (3), 235–249.
- Bianchi, F. und L. Melosi (2019). The dire effects of the lack of monetary and fiscal coordination. *Journal of Monetary Economics*, 104, 1–22.
- Blagov, B., M. Dirks und M. Funke (2024). Economic knock-on effects of Russia's geopolitical risk on advanced economies: A global VAR approach, *Ruhr Economic Papers*.
- Boehm, C. E. (2020). Government consumption and investment: Does the composition of purchases affect the multiplier? *Journal of Monetary Economics* 115, 80–93.
- Briganti, E. und V. Sellemi (2022). Why does GDP move before G? It's all in the measurement. *arXiv preprint arXiv:2212.06073*.
- Broda, C. und J. A. Parker (2014). The economic stimulus payments of 2008 and the aggregate demand for consumption. *Journal of Monetary Economics*, 68, S20–S36.
- Caldara, D., M. Iacoviello, P. Molligo, A. Prestipino und A. Raffo, A. (2020), The economic effects of trade policy uncertainty, *Journal of Monetary Economics* 109, 38–59.
- Caldara, D., und C. Kamps (2017). The analytics of SVARs: a unified framework to measure fiscal multipliers. *The Review of Economic Studies*, 84(3), 1015–1040.
- Chodorow-Reich, G. (2019). Geographic cross-sectional fiscal spending multipliers: What have we learned?. *American Economic Journal: Economic Policy*, 11(2), 1–34.
- Clemens, M., C. Michelsen und M. Rieth (2025). An estimation and decomposition of the government investment multiplier (No. 2106). *DIW Discussion Papers*.
- Coenen, G., C. J. Erceg, C. Freedman, D. Furceri, M. Kumhof, R. Lalonde, D. s Laxton, J. Lindé, A. Mourougane, D. Muir, S. Mursula, C. de Resende, J. Roberts, W. Roeger, S. Snudden, M. Trabandt, und J. in't Veld (2012). Effects of fiscal stimulus in structural models. *American Economic Journal: Macroeconomics* 4 (1): 22–68.
- Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. *RWI Konjunkturberichte* 69 (3): 21–56.
- Dupor, W. D. (2017). So, Why didn't the 2009 Recovery Act improve the nation's highways and bridges? Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=3846659> or <http://dx.doi.org/10.20955/r.2017.169-182>
- Gechert, S. und A. Rannenberg (2018). Which fiscal multipliers are regime-dependent? A meta-regression analysis. *Journal of Economic Surveys*, 32(4), 1160–1182.
- Ilzetki, E. (2025). Guns and growth: The economic consequences of defense buildups. *Kiel Report*, 2
- Ilzetki, E., E. G. Mendoza und C. A. Végh (2013). How big (small?) are fiscal multipliers?. *Journal of Monetary Economics*, 60(2), 239–254.
- Liscow, Z. (2025). Getting infrastructure built: the law and economics of permitting. *Journal of Economic Perspectives*, 39(1), 151–180.

- Müller, H., B. Blagov, T. Schmidt, J. Rieger und C. Jentsch (2025). The macroeconomic impact of asymmetric uncertainty shocks, *Journal of Economic Asymmetries* 31: e00410. <https://doi.org/10.1016/j.jeca.2025.e00410>.
- Nakamura, E. und J. Steinsson (2014). Fiscal stimulus in a monetary union: Evidence from US regions. *American Economic Review*, 104(3), 753-792.
- Ramey, V. A. (2011). Can government purchases stimulate the economy?. *Journal of Economic Literature* 49.3: 673-685.
- Ramey, V. A. (2019). Ten years after the financial crisis: What have we learned from the renaissance in fiscal research?. *Journal of Economic Perspectives*, 33(2), 89-114.
- RWI (2025). RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Internationale Spannungen belasten den Welt-handel, Pressemitteilung vom 27.02.2025.
- Schmidt, T., N. Benner, B. Blagov, E. Coschignano, M. Dirks, N. Isaak, R. Jessen, F. Kirsch, S. Kotz und C. Krause (2024). Jahresende 2024: Konjunkturelle Schwäche verstärkt strukturelle Belastungen in der Industrie. *RWI Konjunkturberichte*, 75 (4): 32-67.

Anhang**Tabelle A1****Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,2	-0,1	1,2
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,2	-0,3	-0,9	1,3
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,1	-2,8	-2,4	2,0
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,5	-2,9	-2,0	2,1
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-1,9	-2,6	-4,8	1,4
Baugewerbe (F)	-0,8	-3,7	-2,5	1,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	-1,8	0,2	-2,5	1,7
Information und Kommunikation (J)	3,3	2,6	1,5	1,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-1,0	-0,7	-2,4	-0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,9	0,9	-0,3	0,8
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,1	0,1	-0,2	1,1
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	1,3	1,8	1,4	0,6
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,8	1,0	0,5	1,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real.

Tabelle A2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,1	-0,2	0,2	-0,4	0,2	-0,3	0,1	-0,2
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,1	-0,1	0,0	0,9	-0,4	-0,3	-0,4	-0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,0	-0,6	-1,2	4,1	-3,4	-0,5	-1,8	-1,1
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	1,0	-0,1	-1,1	-1,0	-0,1	-0,7	-1,4	-0,6
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-6,7	-4,3	-2,6	41,6	###	0,5	-3,7	-3,4
Baugewerbe (F)	5,1	-0,6	-0,8	-2,7	2,3	-3,2	-1,3	-0,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	-1,4	-0,2	0,6	0,0	0,5	-0,8	-0,1	0,5
Information und Kommunikation (J)	2,6	-0,3	0,2	0,7	2,1	-0,1	-0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,8	0,0	-0,2	-0,5	1,1	-0,4	-1,0	-2,1
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,1	0,1	0,7	0,3	0,6	0,2	-0,6	-0,5
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,7	0,4	0,3	0,5	-0,3	0,2	-0,6	-0,3
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,4	0,1	0,7	-0,2	0,5	0,4	1,4	0,3
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,8	-0,3	0,5	-0,2	0,9	0,0	0,1	-0,3

	2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,0	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,0	0,0	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,0	-0,4	0,0	0,3	0,7	0,4	0,3	0,3
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,0	-0,5	0,0	0,3	0,7	0,4	0,3	0,3
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-0,3	-0,1	0,2	0,4	0,5	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe (F)	-0,3	-0,1	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	0,0	0,2	0,3	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
Information und Kommunikation (J)	0,6	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,0	0,2	0,2	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,0	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Tabelle A3

Hauptaggregate der Sektoren

2023; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 820,9	2 595,4	444,7	780,8	–
2 – Abschreibungen	856,0	470,5	115,2	270,3	–
3 = Nettowertschöpfung	2 964,8	2 125,0	329,5	510,4	- 167,7
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 223,6	1 614,0	337,6	272,0	19,3
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	38,6	28,0	0,3	10,3	–
6 + Empf. s. Subventionen	55,5	53,4	0,2	1,9	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	758,2	536,4	- 8,3	230,0	- 187,0
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 229,0	–	–	2 229,0	13,8
9 – Gel. Subventionen	84,5	–	84,5	–	4,0
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	428,0	–	428,0	–	8,3
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 033,4	956,4	36,6	40,4	377,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 178,9	669,9	31,4	477,6	231,7
13 = Primäreinkommen	3 476,2	249,9	330,1	2 896,3	- 314,3
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	519,5	128,4	–	391,1	14,4
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	533,3	–	533,3	–	0,7
16 – Gel. Sozialbeiträge	862,1	–	–	862,1	3,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	860,8	150,1	709,9	0,8	4,8
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	740,4	82,6	657,0	0,8	0,7
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	730,6	–	–	730,6	10,5
20 – Gel. s. lauf. Transfers	439,8	253,7	91,9	94,2	90,6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	382,0	223,4	33,4	125,2	148,5
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 421,0	158,7	857,8	2 404,6	- 259,2
23 – Konsumausgaben	3 110,8	–	905,2	2 205,6	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 57,7	–	57,7	–
25 = Sparen	310,3	100,9	- 47,4	256,7	- 259,2
26 – Gel. Vermögenstransfers	105,1	15,4	74,4	15,3	7,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	87,7	48,1	19,4	20,1	24,6
28 – Bruttoinvestitionen	907,1	507,3	117,1	282,7	–
29 + Abschreibungen	856,0	470,5	115,2	270,3	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	19,1	19,4	- 0,5	0,2	- 19,1
31 = Finanzierungssaldo	222,6	77,4	- 103,8	249,0	- 222,6
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 421,0	158,7	857,8	2 404,6	- 259,2
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 554,6	554,6	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 421,0	158,7	303,1	2 959,2	- 259,2

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2024; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 899,4	2 621,6	466,8	811,0	–
2 – Abschreibungen	887,0	487,2	119,4	280,3	–
3 = Nettowertschöpfung	3 012,5	2 134,4	347,3	530,7	- 166,0
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 348,1	1 703,7	355,8	288,5	19,9
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	41,3	30,2	0,3	10,8	–
6 + Empf. s. Subventionen	59,9	57,6	0,2	2,1	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	683,0	458,2	- 8,7	233,5	- 185,9
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 353,8	–	–	2 353,8	14,2
9 – Gel. Subventionen	54,4	–	54,4	–	5,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	442,1	–	442,1	–	5,3
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 103,1	1 010,7	45,4	47,0	431,7
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 250,7	740,0	33,6	477,1	284,1
13 = Primäreinkommen	3 572,0	187,4	367,2	3 017,4	- 319,7
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	538,6	128,2	–	410,4	14,8
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	552,7	–	552,7	–	0,7
16 – Gel. Sozialbeiträge	910,3	–	–	910,3	3,7
17 + Empf. Sozialbeiträge	909,0	153,0	755,2	0,8	5,0
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	788,8	84,7	703,2	0,8	0,8
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	778,6	–	–	778,6	10,9
20 – Gel. s. lauf. Transfers	464,2	271,1	90,2	102,9	98,0
21 + Empf. s. lauf. Transfers	402,4	237,2	31,3	133,8	159,8
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 512,9	93,6	913,0	2 506,3	- 260,6
23 – Konsumausgaben	3 233,1	–	961,3	2 271,8	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 57,7	–	57,7	–
25 = Sparen	279,8	35,9	- 48,3	292,2	- 260,6
26 – Gel. Vermögenstransfers	113,1	13,3	83,7	16,1	5,9
27 + Empf. Vermögenstransfers	88,4	50,4	18,2	19,8	30,6
28 – Bruttoinvestitionen	906,2	503,4	124,8	277,9	–
29 + Abschreibungen	887,0	487,2	119,4	280,3	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	16,4	16,7	- 0,4	0,1	- 16,4
31 = Finanzierungssaldo	219,5	40,2	- 118,8	298,1	- 219,5
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 512,9	93,6	913,0	2 506,3	- 260,6
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 594,0	594,0	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 512,9	93,6	319,0	3 100,3	- 260,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2025; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 967,1	2 674,3	474,7	818,1	–
2 – Abschreibungen	906,5	506,4	123,7	276,5	–
3 = Nettowertschöpfung	3 060,5	2 167,9	351,0	541,6	- 103,9
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 437,8	1 768,8	359,8	309,2	21,5
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	44,9	33,2	0,3	11,3	–
6 + Empf. s. Subventionen	61,7	59,3	0,2	2,2	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	639,5	425,1	- 9,0	223,3	- 125,4
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 442,9	–	–	2 442,9	16,5
9 – Gel. Subventionen	56,4	–	56,4	–	5,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	446,8	–	446,8	–	5,5
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 124,4	1 026,8	49,3	48,4	474,7
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 275,7	761,1	35,2	479,4	323,4
13 = Primäreinkommen	3 624,1	159,4	367,4	3 097,2	- 260,3
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	561,1	130,6	–	430,5	13,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	573,5	–	573,5	–	0,7
16 – Gel. Sozialbeiträge	965,3	–	–	965,3	3,9
17 + Empf. Sozialbeiträge	964,2	155,4	808,0	0,8	5,0
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	826,3	86,1	739,5	0,8	0,8
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	815,9	–	–	815,9	11,3
20 – Gel. s. lauf. Transfers	494,8	292,8	93,9	108,1	98,9
21 + Empf. s. lauf. Transfers	427,1	253,8	32,7	140,5	166,6
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 557,3	59,2	948,3	2 549,8	- 193,5
23 – Konsumausgaben	3 309,3	–	992,8	2 316,5	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 57,9	–	57,9	–
25 = Sparen	248,0	1,3	- 44,5	291,2	- 193,5
26 – Gel. Vermögenstransfers	107,1	13,4	77,3	16,4	6,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	81,9	43,6	18,6	19,7	31,2
28 – Bruttoinvestitionen	961,0	545,2	133,4	282,4	–
29 + Abschreibungen	906,5	506,4	123,7	276,5	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	14,3	15,9	- 0,4	- 1,2	- 14,3
31 = Finanzierungssaldo	154,1	- 23,1	- 112,4	289,6	- 154,1
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 557,3	59,2	948,3	2 549,8	- 193,5
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 623,8	623,8	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 557,3	59,2	324,5	3 173,6	- 193,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2026; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 097,2	2 770,1	495,2	831,9	–
2 – Abschreibungen	935,6	527,0	128,0	280,6	–
3 = Nettowertschöpfung	3 161,6	2 243,1	367,1	551,4	- 105,7
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 516,6	1 826,0	376,3	314,3	22,6
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	48,1	35,8	0,3	12,0	–
6 + Empf. s. Subventionen	63,3	60,8	0,2	2,3	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	660,2	442,2	- 9,3	227,4	- 128,2
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 521,7	–	–	2 521,7	17,4
9 – Gel. Subventionen	58,0	–	58,0	–	5,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	456,2	–	456,2	–	5,8
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 144,8	1 043,8	51,2	49,8	513,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 301,2	780,2	36,8	484,2	357,4
13 = Primäreinkommen	3 736,5	178,5	374,4	3 183,6	- 267,1
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	573,8	130,1	–	443,7	13,1
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	586,1	–	586,1	–	0,8
16 – Gel. Sozialbeiträge	1 000,5	–	–	1 000,5	4,1
17 + Empf. Sozialbeiträge	999,6	157,8	841,0	0,8	5,1
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	855,2	87,4	767,0	0,8	0,8
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	844,5	–	–	844,5	11,5
20 – Gel. s. lauf. Transfers	527,3	316,2	97,7	113,5	99,9
21 + Empf. s. lauf. Transfers	453,4	271,6	34,2	147,6	173,9
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 663,2	74,3	971,1	2 617,9	- 193,8
23 – Konsumausgaben	3 401,1	–	1 021,9	2 379,2	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 58,1	–	58,1	–
25 = Sparen	262,1	16,2	- 50,8	296,7	- 193,8
26 – Gel. Vermögenstransfers	103,9	13,5	73,7	16,8	6,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	78,3	39,2	19,2	19,8	31,9
28 – Bruttoinvestitionen	1 003,8	565,1	144,9	293,9	–
29 + Abschreibungen	935,6	527,0	128,0	280,6	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	12,8	15,1	- 0,4	- 1,8	- 12,8
31 = Finanzierungssaldo	155,3	- 11,3	- 121,6	288,3	- 155,3
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 663,2	74,3	971,1	2 617,9	- 193,8
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 655,3	655,3	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 663,2	74,3	315,7	3 273,2	- 193,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2025		2026	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,7	0,2	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,1	0,0	0,0
Arbeitsvolumen	0,4	- 0,1	0,4	0,2	0,6	0,2	- 0,2	0,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,4	- 0,3	0,5	0,2	0,7	0,2	- 0,2	0,6
Produktivität ¹	- 0,6	- 0,1	- 0,5	1,1	- 0,1	- 0,1	0,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 0,3	- 0,2	- 0,1	1,2	- 0,6	0,4	1,0	1,4

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	3 110,8	3 233,1	3 309,3	3 401,1	1 613,8	1 695,5	1 656,4	1 744,8
Private Haushalte ²	2 205,6	2 271,8	2 316,5	2 379,2	1 128,9	1 187,6	1 159,3	1 219,9
Staat	905,2	961,3	992,8	1 021,9	484,9	507,9	497,0	524,8
Anlageinvestitionen	899,9	898,0	912,9	958,7	440,5	472,4	459,4	499,3
Bauten	466,1	464,7	472,6	491,7	231,3	241,2	239,3	252,4
Ausrüstungen	275,7	264,8	267,3	286,0	125,9	141,5	133,3	152,7
Sonstige Anlageinvestitionen	158,0	168,4	173,0	181,0	83,3	89,7	86,8	94,1
Vorratsveränderung ³	7,2	8,2	48,1	45,1	33,2	14,9	30,9	14,2
Inländische Verwendung	4 017,9	4 139,3	4 270,3	4 404,9	2 087,5	2 182,8	2 146,7	2 258,2
Außenbeitrag	167,7	166,0	103,9	105,7	60,1	43,8	65,7	65,8
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	4,0	3,9	2,4	2,3	2,8	2,0	3,0	2,9
Exporte	1 816,6	1 812,5	1 799,4	1 861,4	888,5	911,0	915,6	945,9
Importe	1 649,0	1 646,5	1 695,5	1 755,8	828,4	867,2	852,7	903,1
Bruttoinlandsprodukt	4 185,6	4 305,3	4 374,1	4 510,6	2 147,5	2 226,6	2 209,6	2 301,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	5,6	3,9	2,4	2,8	2,4	2,3	2,6	2,9
Private Haushalte ²	6,3	3,0	2,0	2,7	1,7	2,3	2,7	2,7
Staat	4,1	6,2	3,3	2,9	4,1	2,5	2,5	3,3
Anlageinvestitionen	4,9	- 0,2	1,7	5,0	0,2	3,0	4,3	5,7
Bauten	4,4	- 0,3	1,7	4,0	0,6	2,7	3,4	4,6
Ausrüstungen	4,8	- 3,9	0,9	7,0	- 2,1	3,8	5,9	8,0
Sonstige Anlageinvestitionen	6,2	6,6	2,7	4,6	2,9	2,5	4,3	4,9
Inländische Verwendung	4,7	2,7	1,7	1,9	3,6	2,8	2,8	3,5
Exporte	0,4	- 0,2	- 0,7	3,4	- 2,9	1,4	3,1	3,8
Importe	- 3,6	- 0,1	3,0	3,6	3,0	2,9	2,9	4,1
Bruttoinlandsprodukt	5,9	2,9	1,6	3,1	1,0	2,2	2,9	3,3

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 677,0	2 708,9	2 725,5	2 750,8	1 343,6	1 381,9	1 354,5	1 396,3
Private Haushalte ²	1 881,9	1 886,7	1 889,8	1 907,6	927,5	962,4	935,6	971,9
Staat	795,2	822,8	836,6	844,2	416,7	419,9	419,5	424,7
Anlageinvestitionen	730,8	711,0	709,6	730,9	343,3	366,3	351,2	379,7
Bauten	346,4	335,1	334,1	340,6	164,2	169,9	166,4	174,2
Ausrüstungen	239,3	226,1	224,8	236,4	105,9	118,9	110,3	126,0
Sonstige Anlageinvestitionen	147,4	153,1	153,9	157,9	74,2	79,7	75,9	82,0
Inländische Verwendung	3 442,7	3 454,8	3 505,1	3 549,6	1 728,1	1 777,0	1 745,1	1 804,4
Exporte	1 526,9	1 509,7	1 477,3	1 510,7	731,6	745,6	745,3	765,4
Importe	1 351,9	1 354,5	1 376,2	1 409,0	675,0	701,2	687,1	721,9
Bruttoinlandsprodukt	3 615,5	3 607,1	3 602,9	3 647,8	1 783,2	1 819,7	1 801,7	1 846,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2025		2026	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	- 0,3	1,2	0,6	0,9	0,8	0,4	0,8	1,0
Private Haushalte ²	- 0,4	0,3	0,2	0,9	- 0,1	0,4	0,9	1,0
Staat	- 0,1	3,5	1,7	0,9	2,9	0,5	0,7	1,1
Anlageinvestitionen	- 1,2	- 2,7	- 0,2	3,0	- 1,7	1,2	2,3	3,7
Bauten	- 3,4	- 3,3	- 0,3	1,9	- 1,5	0,9	1,3	2,5
Ausrüstungen	- 0,8	- 5,5	- 0,6	5,1	- 3,5	2,2	4,1	6,0
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	3,9	0,6	2,6	0,5	0,6	2,3	2,9
Inländische Verwendung	- 0,4	0,4	1,5	1,3	2,0	0,9	1,0	1,5
Exporte	- 0,3	- 1,1	- 2,1	2,3	- 4,4	0,1	1,9	2,7
Importe	- 0,6	0,2	1,6	2,4	1,5	1,7	1,8	3,0
Bruttoinlandsprodukt	- 0,3	- 0,2	- 0,1	1,2	- 0,6	0,4	1,0	1,4

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	6,7	2,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,7
Konsumausgaben des Staates	4,2	2,6	1,6	2,0	1,1	2,0	1,8	2,2
Anlageinvestitionen	6,1	2,6	1,9	2,0	2,0	1,8	1,9	2,0
Bauten	8,1	3,1	2,0	2,1	2,1	1,8	2,1	2,0
Ausrüstungen	5,7	1,7	1,5	1,8	1,4	1,5	1,7	1,8
Exporte	0,7	0,9	1,5	1,2	1,6	1,3	1,2	1,2
Importe	-3,0	-0,3	1,4	1,1	1,5	1,2	1,1	1,2
Bruttoinlandsprodukt	6,1	3,1	1,7	1,9	1,6	1,8	1,8	1,9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 896,3	3 017,4	3 097,2	3 183,6	1 503,4	1 593,9	1 543,8	1 639,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	383,0	402,4	426,3	441,6	204,8	221,5	212,7	229,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 846,0	1 951,3	2 016,6	2 080,1	955,8	1 055,8	988,6	1 086,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	667,2	663,6	654,4	661,8	340,0	314,4	339,7	322,1
Primäreinkommen der übr. Sektoren	579,9	554,6	526,8	552,9	252,8	274,0	261,7	291,2
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3 476,2	3 572,0	3 624,1	3 736,5	1 756,2	1 867,9	1 805,5	1 931,0
Abschreibungen	856,0	887,0	906,5	935,6	450,1	456,4	464,5	471,1
Bruttonationaleinkommen	4 332,2	4 459,0	4 530,6	4 672,1	2 206,3	2 324,3	2 270,0	2 402,0
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 132,7	3 184,3	3 233,6	3 338,3	1 563,8	1 669,8	1 609,3	1 729,0
Arbeitnehmerentgelt	2 229,0	2 353,8	2 442,9	2 521,7	1 163,4	1 279,5	1 204,1	1 317,6
Unternehmens- und Verm.einkomm	903,7	830,6	790,8	816,6	400,5	390,3	405,2	411,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	6,0	4,2	2,6	2,8	1,8	3,4	2,7	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,0	5,1	5,9	3,6	5,3	6,5	3,8	3,4
Bruttolöhne und -gehälter	7,4	5,7	3,3	3,2	3,2	4,4	3,5	3,0
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	6,4	5,3	3,3	3,1	2,7	3,9	3,4	2,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,5	-0,5	-1,4	1,1	-2,5	-0,2	-0,1	2,5
Primäreinkommen der übr. Sektoren	1,6	-4,4	-5,0	5,0	-5,1	-4,9	3,5	6,3
Nettonationaleink. (Primäreink.)	5,3	2,8	1,5	3,1	0,8	2,1	2,8	3,4
Abschreibungen	7,7	3,6	2,2	3,2	2,1	2,3	3,2	3,2
Bruttonationaleinkommen	5,7	2,9	1,6	3,1	1,0	2,2	2,9	3,3
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	6,6	1,6	1,5	3,2	0,8	2,3	2,9	3,5
Arbeitnehmerentgelt	6,8	5,6	3,8	3,2	3,2	4,4	3,5	3,0
Unternehmens- und Verm.einkomm.	6,2	-8,1	-4,8	3,3	-5,6	-3,9	1,2	5,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2025		2026	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 857,9	1 971,4	2 025,0	2 084,6	972,6	1 052,4	1 004,2	1 080,5
Nettolöhne und -gehälter	1 286,5	1 362,8	1 387,3	1 424,6	656,7	730,6	676,1	748,4
Monetäre Sozialleistungen	730,6	778,6	815,9	844,5	403,4	412,5	418,9	425,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen,								
verbrauchsnahe Steuern	159,2	170,0	178,2	184,4	87,5	90,7	90,9	93,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	667,2	663,6	654,4	661,8	340,0	314,4	339,7	322,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 120,5	- 128,8	- 129,6	- 128,6	- 57,9	- 71,7	- 57,2	- 71,3
Verfügbares Einkommen	2 404,6	2 506,3	2 549,8	2 617,9	1 254,6	1 295,1	1 286,6	1 331,2
Zunahme betriebl. Versorgungsan-								
spr.	57,7	57,7	57,9	58,1	28,1	29,8	28,2	29,9
Konsumausgaben	2 205,6	2 271,8	2 316,5	2 379,2	1 128,9	1 187,6	1 159,3	1 219,9
Sparen	256,7	292,2	291,2	296,7	153,9	137,3	155,5	141,2
Sparquote (%) ⁶	10,4	11,4	11,2	11,1	12,0	10,4	11,8	10,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	8,4	6,1	2,7	2,9	2,6	-5,2	3,2	-5,5
Nettolöhne und -gehälter	9,5	5,9	1,8	2,7	1,6	2,0	3,0	2,4
Monetäre Sozialleistungen	6,1	6,6	4,8	3,5	4,9	4,7	3,8	3,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen,								
verbrauchsnahe Steuern	6,9	6,8	4,8	3,5	4,9	4,7	3,8	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,5	-0,5	-1,4	1,1	-2,5	-0,2	-0,1	2,5
Verfügbares Einkommen	6,9	4,2	1,7	2,7	1,4	2,1	2,5	2,8
Konsumausgaben	6,3	3,0	2,0	2,7	1,7	2,3	2,7	2,7
Sparen	8,1	13,8	-0,4	1,9	-0,9	0,3	1,1	2,8

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	961,3	994,8	1020,4	1042,3	488,6	531,7	499,7	542,6
Nettosozialbeiträge	709,9	755,2	808,0	841,0	388,2	419,8	405,2	435,8
Vermögenseinkommen	31,4	33,6	35,2	36,8	18,6	16,5	19,5	17,3
Sonstige Transfers	33,4	31,3	32,7	34,2	14,4	18,3	15,1	19,1
Vermögenstransfers	19,4	18,2	18,6	19,2	8,6	10,1	8,8	10,4
Verkäufe	165,5	179,5	186,0	193,1	86,8	99,2	90,1	103,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1921,2	2012,9	2101,1	2166,8	1005,4	1095,7	1038,5	1128,2
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	626,4	674,4	704,5	720,1	339,9	364,5	346,9	373,2
Arbeitnehmerentgelt	337,6	355,8	359,8	376,3	174,3	185,5	180,8	195,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,6	45,4	49,3	51,2	24,6	24,6	25,6	25,6
Subventionen	84,5	54,4	56,4	58,0	25,4	30,9	26,2	31,8
Monetäre Sozialleistungen	657,0	703,2	739,5	767,0	365,3	374,2	380,3	386,7
Sonstige laufende Transfers	91,9	90,2	93,9	97,7	45,6	48,4	47,4	50,3
Vermögenstransfers	74,4	83,7	77,3	73,7	30,6	46,7	28,8	44,8
Bruttoinvestitionen	117,1	124,8	133,4	144,9	57,2	76,2	61,3	83,5
Nettozugang an nichtprod. Vermö-								
gengütern	-0,5	-0,4	-0,4	-0,4	-0,1	-0,3	-0,1	-0,3
Insgesamt	2025,0	2131,6	2213,5	2288,4	1062,9	1150,7	1097,1	1191,3
Finanzierungssaldo	-103,8	-118,8	-112,4	121,65	-57,51	-54,93	-58,60	-63,04

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2025		2026	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	0,1	3,5	2,6	2,2	0,7	4,3	2,3	2,0
Nettosozialbeiträge	6,4	6,4	7,0	4,1	6,3	7,7	4,4	3,8
Vermögenseinkommen	68,7	7,2	4,6	4,6	4,7	4,5	4,7	4,5
Sonstige Transfers	14,5	-6,2	4,5	4,5	4,6	4,4	4,6	4,4
Vermögenstransfers	5,6	-6,3	2,4	3,0	2,3	2,4	3,0	3,1
Verkäufe	4,6	8,4	3,6	3,8	3,5	3,7	3,8	3,8
Sonstige Subventionen	2,7	-22,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,7	4,8	4,4	3,1	3,2	5,5	3,3	3,0
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	3,2	7,7	4,5	2,2	5,6	3,4	2,0	2,4
Arbeitnehmerentgelt	5,3	5,4	1,1	4,6	1,2	1,1	3,7	5,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,2	24,2	8,5	3,9	7,9	9,1	3,9	4,0
Subventionen	25,3	-35,6	3,6	3,0	2,8	4,2	2,9	3,0
Monetäre Sozialleistungen	7,0	7,0	5,2	3,7	5,3	5,0	4,1	3,4
Sonstige laufende Transfers	-17,5	-1,8	4,1	4,0	4,3	4,0	4,1	3,9
Vermögenstransfers	-4,4	12,4	-7,6	-4,7	-17,4	0,1	-6,0	-3,9
Bruttoinvestitionen	4,4	6,6	6,8	8,6	3,6	9,4	7,2	9,7
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,5	5,3	3,8	3,4	3,7	4,0	3,2	3,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers. – ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.